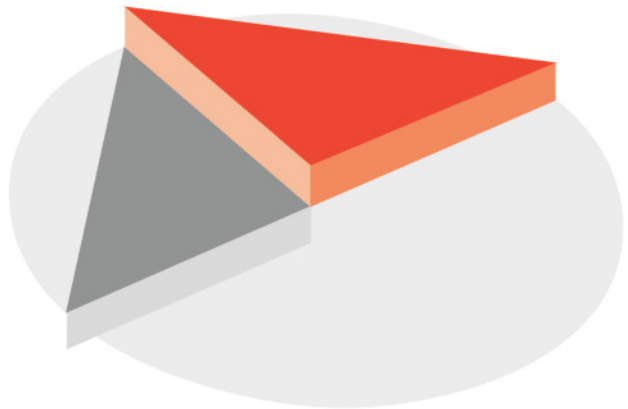


Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention



9. Symposium des Thüringer Landesamtes
für Verfassungsschutz am 4. November 2010

Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention

9. Symposium
des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz
am 4. November 2010 in Erfurt, Augustinerkloster



Die Beiträge der Gastreferenten bringen die Auffassung der Verfasser
zum Ausdruck.

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung	3
Thomas Sippel, Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLfV)	
Grußwort	8
Dr. Jürgen Schöning, Thüringer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	
Aktuelle Erscheinungsformen linksextremistischer Gewalt in Berlin	14
Folker Schweizer Verfassungsschutz Berlin	
Entwicklung linksextremistischer Gewalt in Thüringen	29
Michael Geiken Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz	
Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt	49
Prof. Dr. Uwe Backes Hannah-Arendt-Institut, Dresden	
Aktuelle Aspekte des Linksextremismus - Erscheinungsformen, Handlungsfelder, Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung	68
Prof. Dr. Eckhard Jesse Technische Universität Chemnitz	

Thomas Sippel



Begrüßung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem diesjährigen Symposium im Erfurter Augustinerkloster. Nachdem wir uns in den beiden zurückliegenden Veranstaltungen mit dem Rechtsextremismus und den islamischen Terrorismus als die derzeit größten Herausforderungen für die innere Sicherheit Deutschlands beschäftigt haben, wollen wir in der heutigen Tagung den gewaltbereiten Linksextremismus in den Blick nehmen. Es freut mich, dass die Thematik auf Ihr Interesse gestoßen ist und Sie an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Es ist mir eine Ehre, als Vertreter der Landesregierung den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Herrn Dr. Schöning begrüßen zu können. Ich danke Ihnen, Herr Minister, für Ihre Bereitschaft, in Vertretung von Herrn Innenminister Prof. Huber die heutige Veranstaltung zu eröffnen.

Des Weiteren begrüße ich herzlich die Damen und Herren Abgeordneten des Thüringer Landtags, stellvertretend den Vizepräsidenten des Thüringer Landtags, Herrn Abgeordneten Gentzel.

Ich begrüße die Repräsentanten der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung, die Vertreter der Parteien, Stiftungen,

Gewerkschaften und Verbände, die Teilnehmer aus dem Bereich Wissenschaft und Lehre und die Vertreter der Medien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, seien Sie alle herzlich willkommen.

In den späten Abendstunden des 03.12.09, also fast auf den Tag genau vor elf Monaten, warfen ca. 20 dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum zuzurechnende Vermummte mit Steinen mehrere Fensterscheiben der Hamburger Polizeiwache Lerchenstraße ein und setzten zwei Streifenwagen in Brand. Sie bewarfen Polizeibeamte, die aus der Wache eilten mit faustgroßen Steinen und rollten eine brennende Mülltonne direkt an das Gebäude, dessen Eingangstür sie zuvor verschließen wollten. Zur Fluchtabsicherung errichteten sie brennende Barrikaden und verteilten Krähfüße auf den Fahrbahnen.¹ Durch ihr Handeln nahmen die Täter bewusst eine erhebliche Gefährdung von Menschenleben in Kauf.

Sicherlich handelt es sich hier um einen in seiner Brutalität herausragenden Fall. Doch sind neben Rechtsextremisten vor allem Polizisten häufig Angriffsziel gewaltbereiter Linksextremisten – auch in Thüringen. Sei es, dass sie im Rahmen von Demonstrationen zwischen die Fronten geraten, sei es, dass sie im Sinne der sogenannten „Antirepression“ als eigenständige Angriffsziele wahrgenommen werden.

Bundesweit ist die Anzahl der Gewalttaten im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität-Links von 2008 auf 2009 um über 50 % auf 1.822 Gewalttaten angestiegen.

¹ Verfassungsschutzbericht 2009 Hamburg, S. 124

Zugleich ist auch die Anzahl gewaltbereiter Linksextremisten in Deutschland gestiegen. Das Personenpotenzial ist von 2005 bis Ende 2009 um 20 % deutlich angewachsen. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder rechneten diesem Spektrum zum Ende des vergangenen Jahres rund 6.600 Personen zu.

Die Ständige Konferenz der Innenminister hat sich in ihrer Sitzung am 27./28 Mai 2010 in Hamburg für eine offene Ächtung der politisch links motivierten Gewalt durch alle Teile der Gesellschaft ausgesprochen.

Bereits zwei Monate zuvor haben die Vorsitzenden der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE in einem gemeinsamen Beschluss linksextremistische Straftaten „auf das Schärfste“ verurteilt und alle politisch Aktiven, Verbände, Organisationen und Parteien aufgefordert, solche Straftaten zu verurteilen und sich klar davon zu distanzieren. In diesem Beschluss wird weiter gefordert, alle politisch Verantwortlichen sollten ein Zeichen setzen und dafür sorgen, dass jeder Anschein von Sympathie oder Unterstützung für (derartige) Straftaten vermieden wird.

Man könnte meinen, der Appell der Politik bezeichnet eine Selbstverständlichkeit. Und doch ist dieser Aufruf notwendig! Denn häufig wird in der öffentlichen Meinung Verständnis für die Motive gewaltbereiter Linksextremisten gezeigt. Linksextremistische Gewalt wird von vielen als weniger bedrohlich empfunden. Und immer wieder gelingt es gewaltbereiten Autonomen, Bündnisse nicht nur mit legalistischen Linksextremisten

sondern auch mit nicht-extremistischen Akteuren einzugehen. Darüber hinaus wird gar die Existenz des Linksextremismus überhaupt in Frage gestellt.

Das ist Grund genug, sich mit der Problematik des gewaltbereiten Linksextremismus im Rahmen dieser Veranstaltung näher zu beschäftigen. Dies soll, wie bei den vorangegangenen Symposien des Landesamtes sowohl aus Sicht der Wissenschaft als auch der Praxis geschehen.

Hierzu begrüße ich zunächst Professor Jesse von der Technischen Universität Chemnitz. Er ist Experte auf dem Gebiet der Extremismusforschung und heute – nach fünf Jahren - zum zweiten Mal Gast bei einer Veranstaltung des Landesamtes.

Des Weiteren begrüße ich Professor Backes. Auch Professor Backes beschäftigt sich in seinen Studien mit dem politischen Extremismus und ist als stellvertretender Direktor für das renommierte Dresdner Hannah-Arendt-Institut tätig.

Gewaltbereite Linksextremisten zieht es vor allem in urbane Zentren. Berlin ist hier in besonderem Maße betroffen, wo nach bundesdeutschem Maßstab jeder sechste gewaltbereite Linksextremist lebt. Ich freue mich, vom Berliner Verfassungsschutz Herrn Schweizer begrüßen zu können. Herr Schweizer wird uns eine Situationsschilderung für Berlin geben.

Sein Vortrag wird ergänzt durch eine Lageeinschätzung aus Thüringer Sicht, die Herr Geiken, amtierender Leiter der Auswertungsabteilung im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, abgeben wird.

Das nach dem Vorträgen vorgesehen Podium wird dann erweitert durch die Teilnahme von Herrn Wahlig, dem neuen Leiter der Abteilung Staatsschutz im Thüringer Landeskriminalamt.

Für die Moderation der heutigen Veranstaltung haben wir Herrn Mudra gewinnen können. Herr Mudra ist Redakteur im Ressort „Landesredaktion“ der Thüringer Allgemeine und beschäftigt sich dort vor allem mit Themen der Inneren Sicherheit.

Allen Mitwirkenden danke ich für Ihre Bereitschaft, diese Veranstaltung mit zu gestalten und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihr Interesse.

Ich wünsche uns allen einen anregenden und fruchtbaren Nachmittag und darf nun Herrn Minister Dr. Schöning bitten, das Wort zu ergreifen.



Linke Gewalttäter sind in Thüringen aktiv.

Dr. Jürgen Schöning



Grußwort

Sehr geehrter Herr Präsident Sippel,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein, weil ich aus eigener Berufserfahrung eine Affinität zur Innenpolitik habe. Nach meinem Referendariat trat ich 1974 in den Dienst des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein. Insgesamt war ich fünf Jahre im Innenministerium tätig – unter anderem als Büroleiter des Ministers und späteren Landtagspräsidenten Rudolf Titzck. Eine hochinteressante, aber auch hoch brisante Zeit.

Aufgrund meines Bezugs zur Innenpolitik habe ich diesen Termin von Herrn Minister Professor Huber sehr gern übernommen.

Nachdem Sie sich 2009 mit den Hintergründen, Zielen und Akteuren des islamistischen Terrorismus auseinandergesetzt haben, widmen Sie sich heute einem anderen Phänomen: Sie wollen Gefährdungen, Ursachen und Präventionen linksextremistischer Gewalt näher zu beleuchten.

Lassen Sie mich – bevor wir Fachbeiträge hören – darauf hinweisen, dass sich die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder sowie einige ihr nachgeordnete Gremien in diesem Jahr bereits mehrfach mit dem gewaltbereiten Linksextremismus in der Bundesrepublik befasst haben. Dies

unterstreicht und lässt keinen Zweifel daran, welche große Bedeutung der Bekämpfung des Linksextremismus – nicht nur im Freistaat Thüringen – beigemessen wird.

Unabhängig davon, wie weit die verschiedenen wissenschaftlichen Betrachtungsweisen den Bereich des Linksextremismus fassen oder aber wie eng sie ihn umreißen, ist eines unstrittig: Dem bundesweit deutlichen Anstieg der politisch motivierten Kriminalität im Phänomenbereich „Links“, der sich insbesondere auch in der signifikanten Zunahme von Gewaltstraftaten und Sachbeschädigungen äußert, muss eine extremistische Motivation unterstellt werden.

Deshalb bin ich auch nicht bereit, eine inzwischen leider nicht selten vertretene Sichtweise zu akzeptieren, welche den Linksextremismus im Vergleich zu anderen Formen des Extremismus selbst dann als – in Führungszeichen – weniger schlimm bewertet, wenn wir mit den teils schockierenden Ausmaßen linksextremistischer Gewalt konfrontiert werden.

Diese Sichtweise verharmlost die Herausbildung verschiedener Erscheinungsformen des Linksextremismus unter anderem als logische und notwendige Gegenreaktion auf die zunehmende Ausbreitung des Rechtsextremismus. Im Umkehrschluss wurde tatsächlich schon öffentlich behauptet, dass es den Linksextremismus ohne den Rechtsextremismus gar nicht gäbe.

Meine Damen und Herren!

Von einer derartigen Auffassung distanziert sich die Thüringer Landesregierung ausdrücklich. Extremismus kann unmöglich

durch Extremismus legitimiert und Extremismus kann auch nicht wirksam durch Extremismus bekämpft werden.

Extremisten – gleich welcher Couleur – sind bestrebt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, ihre Auffassung und Ziele haben systemüberwindenden Charakter – kurz gesagt: Sie sind Feinde der Demokratie. Daran lassen insbesondere die heute sicher noch zur Sprache kommenden Gewaltexzesse keinen Zweifel.

Meine Damen und Herren!

Wenn wir einen Gedankenaustausch zur linksextremistischen Gewalt führen, dann kommen wir zwangsläufig auf die Autonomen zu sprechen, denn die überwiegende Mehrzahl der im Phänomenbereich „Links“ erfassten politisch motivierten Straftaten geht auf deren Konto.

Autonome agieren vor allem in mittleren und größeren Städten. Schwerpunkte bilden Ballungsräume wie Berlin, Hamburg oder das Rhein-Main-Gebiet. Der Szene waren Ende 2009 bundesweit etwa 6.100 gewaltbereite Anhänger zuzurechnen.

Autonome erheben den Anspruch, nach eigenen Regeln leben zu wollen. Fremde Vorgaben, staatliche und gesellschaftliche Zwänge lehnen sie ab. Kennzeichnend für Autonome ist eine generelle Anti-Haltung.

Ihre ideologischen Vorstellungen bleiben oft diffus, anarchistische Elemente mischen sich darin mit nihilistischen, sozialrevolutionären, mitunter auch marxistischen Versatzstücken.

Autonome sind entschlossen, die ihnen hemmend oder einengend erscheinenden staatlichen Strukturen zu zerschlagen. Von einem ausgeprägten Individualismus getrieben verlangen sie dabei nicht nach in sich geschlossenen, theorielastigen Konzeptionen zur Veränderung der Gesellschaft.

Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen widersprechen dem Grundverständnis der Autonomen. Die Szene ist heterogen zusammengesetzt, sie kennt weder Hierarchien noch Führungsstrukturen. Autonome agieren meist in kleinen, unverbindlichen, lokal begrenzten, dezentralen Personenzusammenschlüssen.

Intensität und Bedeutung der von Autonomen besetzten Themen schwanken und werden oft vom Tagesgeschehen bestimmt. Allerdings hat sich das Themengebiet des sogenannten Antifaschismus als dauernder Aktionsschwerpunkt herauskristallisiert.

Die Artikulationsformen Autonomer sind vielfältig. Sie reichen von Diskussionen und Vortragsveranstaltungen bis hin zu teils erheblichen Sachbeschädigungen und Brandanschlägen.

Autonome sehen in der Politik der Regierung und in vermeintlichen gesellschaftlichen Missständen Auslöser für faschistische Tendenzen. Sie sind der Auffassung, der Staat vertrete rassistische Ansichten und kriminalisiere den sogenannten antifaschistischen Kampf, wodurch auch in der Bevölkerung die Entwicklung rechter Tendenzen gefördert würde.

Die Kritik und die Aktionen des autonomen Spektrums richten

sich deshalb auch gegen die Zivilgesellschaft, die von einem rechten Konsens gekennzeichnet sei. In diesem Zusammenhang distanzieren sich Autonome zum Teil von Aktivitäten demokratischer Bündnisse, die sie in der Vergangenheit beispielsweise als „Bier trinken und Bratwurstessen gegen Rechts“ diskreditiert haben.

Dass sich Autonome dennoch den Veranstaltungen breiter Bündnisse anschließen, dürfte in ihrem Bestreben, über szenetypische Slogans und Darstellungen autonome Anschauungen transportieren und die Veranstaltungen gegebenenfalls dominieren zu können, gründen. Aber auch die Annahme, sich den ansonsten zu befürchtenden Repressionsmaßnahmen so eher entziehen zu können, ist damit verbunden.

Gewalt ist ein selbstverständliches Aktionsmittel. Bereitwillig setzen sie diese auch gegen Personen ein, vor allem im Rahmen von Protesten gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Hier suchen Autonome die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner und den Einsatzkräften der Polizei. Aus ihrer kruden Wahrnehmung heraus empfinden sie Handlungen anderer, z.B. des Staates, von Unternehmen oder des politischen Gegners, als Gewalt gegen sich und versuchen damit ihre Aktionsformen als Selbstschutz zu legitimieren.

Angriffe auf Personen werden regelmäßig damit gerechtfertigt, dass es sich um „Nazis“ gehandelt habe. Diese Bezeichnung wird dabei willkürlich verwendet, ohne dass es in jedem Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte für eine Zugehörigkeit zum rechtsextremistischen Spektrum gegeben haben muss.

Letztlich dient sie nur als Staffage, um das eigene Handeln möglichst positiv darzustellen. Die Verfolgung der eigenen Straftaten wird wiederum als angebliche Kriminalisierung und Ausdruck eines repressiven Staates wahrgenommen.

Nicht alle Aktivitäten von Autonomen sind von Gewalt begleitet, derartige Aktionsformen werden vielmehr taktisch eingesetzt. Dabei spielen Überlegungen zur Haltung möglicher Bündnispartner ebenso eine Rolle wie Stärke und Taktik eingesetzter Polizeikräfte oder des politischen Gegners.

Nicht nur hinsichtlich der Anzahl, sondern auch bezüglich ihrer Erscheinungsformen erreichte linksextremistisch motivierte Gewalt 2009 in Thüringen bisher nicht gekannte Ausmaße.

Insbesondere eine Reihe von Anschlägen, vornehmlich Brandanschläge, bei denen ein linksextremistischer Hintergrund bestand oder mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen war, kann als Indiz für eine neue Qualität linksextremistischer Gewaltausübung verstanden werden.

Meine Damen und Herren!

Noch enger möchte ich die Thematik an dieser Stelle nicht umreißen. Zur näheren Auseinandersetzung werden die Referenten der heutigen Veranstaltung mit ihren Beiträgen sicher ausreichend Gelegenheit geben. Ihnen bleibt es vorbehalten, eine weitergehende fachliche Diskussion unter verschiedenen Blickwinkeln anzustoßen. Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Folker Schweizer

Aktuelle Erscheinungsformen linksextremistischer Gewalt in Berlin



1. Einleitung

Die Gefahren, die unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung vom organisierten Rechtsextremismus und dem gewaltorientierten Islamismus, insbesondere dem internationalen islamistischen Terrorismus drohten, haben die Bedeutung des Linksextremismus und der linksextremistischen Gewalt in den vergangenen Jahren in den Hintergrund treten lassen. Jährlich hohe Zahlen der Politisch motivierten Gewalt-rechts, Wahlerfolge nationalistischer Parteien sowie eine zeitweise sehr hohe Gefährdungslage durch islamistische Terrorgruppen ließen kaum Platz für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus. Dies mag auch damit zusammen hängen, dass mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme Mittel- und Osteuropas und der Auflösung und Zerschlagung terroristischer Gruppen wie der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) die größten linksextremistischen Bedrohungen der 70er und 80er Jahre überwunden waren.

Seit den Jahren 2007 bis 2009 ist linksextremistische Gewalt – nicht nur in Berlin – wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Es wird wahrgenommen, dass die gewaltbereite linksextremistische Szene seit einiger Zeit, nicht nur bei Demonstrationen, deutlich aggressiver agiert. Für einen Wendepunkt der öffentlichen Bewertung linksextremistischer Gewalt sorgte, dass insbesondere das Anzünden von Autos, eine seit

Jahren in der linksextremistischen Szene vorherrschende „Aktionsform“, erheblich zunahm. 73 politisch motivierten Brandstiftungen an PKW im Jahr 2008 standen im Jahr 2009 145 Fälle gegenüber. Allerdings ist bei diesen Zahlen davon auszugehen, dass wir es auch mit Trittbrettfahrern zu tun hatten, die eine gefährliche Eigendynamik entwickelten. Glücklicherweise scheint 2010 diese Entwicklung gestoppt worden zu sein.

„[...] mir wär’s lieber, wenn man einfach Politik machen könnte, wenn man Demonstrationen machen könnte, meinetwegen auch Häuser besetzen würde [...]. Aber leider geht das halt nicht, und insofern wählen halt manche Leute einen anderen Ansatz.“ Mit dieser simplen Logik rechtfertigt ein Aktivist des linksextremistischen Zusammenschlusses „Wir bleiben Alle“ (WBA) in einem Interview die Brandstiftungen an (vermeintlich) hochwertigen Fahrzeugen. Mit friedlichen Mitteln gelingt es nicht, politische Ziele durchzusetzen, also zündet man Fahrzeuge an? Die Brandstiftungen an Fahrzeugen ist aber nur eine Facette der linken Gewalt, mit der unsere Stadt insbesondere im Jahr 2009 konfrontiert war. Politisch links motivierte Gewalt umfasst auch Angriffe auf Polizeibeamte und –beamtinnen, insbesondere bei Demonstrationen, sowie Übergriffe auf politische Gegner (Zur Definition der Linken Gewalt und den Unterschieden zum Links-extremismus vgl. die Studie „Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Linke Gewalt in Berlin. Berlin 2009“). Die Täter verursachen nicht nur großen Sachschaden, sondern sie nehmen auch schwerste Verletzungen von Menschen in Kauf. Im Folgenden möchte ich Ihnen daher einige Überlegungen und Analyseergebnisse des Berliner Verfassungsschutzes zur linken Gewalt in Berlin vorstellen. Welches Ausmaß, welches Ziel und welche Charakteristika hat linke

Gewalt in Berlin und wer sind die Akteure, mit denen es Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden dabei zu tun haben?

2. Das autonome Spektrum – Anmerkung zu Größe, Struktur und Gewalt als Lebensgefühl

2.1 Struktur der autonomen Szene in Berlin

Die linksextremistische Szene in Berlin präsentiert sich äußerst uneinheitlich. In inhaltlicher, strategischer und struktureller Hinsicht lassen sich eine Vielzahl von Spektren unterscheiden: Das reicht von kommunistischen Kaderparteien über lokale linksextremistische Antifa-Gruppen und autonome Arbeitsgruppen, die auf politische Arbeit in breiten Bündnissen setzen, bis zu klandestin agierenden autonomen und anarchistischen Zusammenschlüssen, die vor Brandanschlägen nicht zurückschrecken. In Berlin kategorisieren wir das Spektrum nach den Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung in parlaments-, aktions- und diskursorientierten Linksextremismus.

Die meisten Gewalttaten verüben Personen aus dem aktionsorientierten Spektrum. Eine herausgehobene Rolle spielt dabei das autonome Spektrum, dem nahezu die Hälfte des gesamten linksextremistischen Personenpotenzials zuzurechnen ist. In Berlin gehören 950 von 2.220 linksextremistischen Personen dem autonomen Spektrum an (Stand: 2009), also nahezu die Hälfte des gesamten linksextremistischen Personenpotenzials der Stadt. Allerdings war die Anzahl der Autonomen in Berlin zuletzt leicht rückläufig. Ideologische Konzeptionslosigkeit und Legitimationsdefizite haben für einen kontinuierlichen personellen Rückgang in ihren Reihen gesorgt. Das autonome

Spektrum befindet sich in einer Phase der Selbstreflektion und der andauernden Orientierungslosigkeit.

Im Laufe der Jahre hat sich unter dem Begriff „Autonome“ ein vielgestaltiges Spektrum von Gruppierungen herausgebildet, die definitorisch schwer zu fassen sind. Als Merkmale sind ihnen allen gemein ihre Gewaltorientierung, ihre undogmatische ideologische Ausrichtung und ihre Distanz zu festgefügtten Formen der Selbstorganisation. Auf Grund ihres Selbstverständnisses erfolgt die eigentliche politische Arbeit nur zum Teil innerhalb einer Vielzahl linksextremistischer Gruppierungen vor allem aber in Form gruppenübergreifender, themenbezogener Kampagnen. In diesen Kampagnen spielt die Gewaltfrage eine sehr unterschiedliche Rolle. Zum einen wird die linksextremistische Szene mit zielgerichteten Kampagnen direkt zur Begehung von Gewalttaten aufgefordert. Zum anderen suchen Linksextremisten auch den Anschluss an nicht-extremistische Akteure.

Aktionen der Linksextremisten stehen in unterschiedlichen Themenzusammenhängen: die Palette reichte von Protesten gegen Stadtumstrukturierung über „Antikapitalismus“, „Antimilitarismus“ und „Antirepression“ bis hin zu „Antifaschismus“. Nach den Protesten gegen den G 8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wandten sich die Berliner Autonomen wieder verstärkt regionalen Themenstellungen zu. Davon gewannen im Zusammenhang mit Gewalttaten in Berlin 2009 insbesondere die Themenfelder Stadtumstrukturierung („Gentrifizierung“) und „Antimilitarismus“ an Bedeutung.

Im Bereich „Antimilitarismus“ verfolgten Linksextremisten auch aus Berlin eine länger andauernde so genannte „Antimilitarismus-Kampagne“. In diesem Zusammenhang ist auch die Beteiligung an den überwiegend von nicht-extremistischen

Akteuren getragenen Protesten gegen den NATO-Gipfel im April 2009 in Baden-Baden, Kehl und Straßburg zu sehen. Aktionsorientierte Linksextremisten versuchten, dieses Aktionsfeld zu nutzen, um sich zu profilieren und Nachwuchs zu rekrutieren. Im Rahmen der „Antimilitarismus-Kampagne“ begingen sie zahlreiche, zum Teil schwere Gewalttaten inklusive zahlreicher Brandstiftungen.

Im Themenfeld Umstrukturierung ging es um den Erhalt und die Schaffung so genannter „autonomer Freiräume“ als Gegenbewegung zu Stadtentwicklungsprozessen und damit verbundenen Baumaßnahmen. Dieses Thema hat insbesondere in Berlin, das sich nach der Wende von 1989 und dem Umzug der Bundesregierung von Bonn 1999 noch immer rasant wandelt, besondere Relevanz. Das kapitalistische System wird für die Verdrängung bisheriger Einwohner durch höhere Mieten und Lebenshaltungskosten im Zuge der Stadtentwicklung verantwortlich gemacht, daher sei eine „Lösung“ im Rahmen dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht möglich. Linksextremistischer Protest entzündet sich insbesondere anlassbezogen bei der Durchsetzung von Räumungstiteln gegen „alternative Wohnprojekte“ oder besetzte Häuser, deren Erhalt sie fordern. Um eine derartige „Umstrukturierung“ von Stadtvierteln durch hochpreisige Neubauten, Sanierung und andere stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zu verhindern, griffen Linksextremisten 2009 Baustellen, Baugerätschaften und Baumaterialien, Hausverwaltungen, Gebäude des Quartiersmanagements und Wohnhäuser sowie Büros und Ausstellungsräume an. (Vermeyntlich) hochwertige Fahrzeuge (im Szenejargon „Nobelkarossen“) wurden als Symbole der Stadtumstrukturierung gedeutet, ihre Zerstörung durch Brandstiftung wurde daher als Teil des „Kampfes“ gerechtfertigt.

Linksextremisten entwickelten dabei eine sehr weitgehende Auffassung davon, was einerseits schützenswerte „Freiräume“ sind und welche „Luxusprojekte“ es andererseits zu verhindern gilt. Ihre Argumentation läuft darauf hinaus, dass sie nach eigenen Kriterien bestimmen wollen, wer in welchen Bezirken wohnen, bauen und sanieren darf. Ein Autobrandstifter spielte seine Straftaten in einem Interview als eine Art „Notwehr“ gegen Gentrifizierung herunter: „Wer einen Porsche fährt und diesen in einem von Gentrifizierung betroffenen Stadtteil abstellt, macht einen Fehler. [...] Es ist eine Art Krieg, der uns aufgezwungen wurde. Ich hätte lieber Frieden. Doch es gibt eine Schieflage – Leute mit Geld verdrängen Leute ohne Geld aus der Innenstadt. [...] So lange werden Autos brennen, bis es wieder ausreichend Räume gibt, die nicht kapitalistischen Interessen dienen. [...] Wir können nicht länger warten, bis die breite Masse sich erhebt, sondern beginnen die revolutionären Taten hier und jetzt.“

2.2. Bedeutung der Gewalt in der autonomen Szene

Als definitives Merkmal der Autonomen wird von den Verfassungsschutzbehörden ihre „Gewaltorientierung“ angegeben. Das heißt, auch wenn nicht alle Autonomen selbst Gewalt ausüben, befürworten sie in der Regel den Einsatz von Gewalt als politischer Aktionsform. Sie sehen sie als legitimes Mittel, um der „strukturellen Gewalt“ der Gesellschaft und des Staates zu begegnen und lehnen das staatliche Gewaltmonopol ab. Autonome, die selbst Gewalt ausüben, bringen ihre Abneigung des politischen und gesellschaftlichen Systems durch so genannte „direkte Aktionen“ zum Ausdruck – einem euphemistischen Ausdruck für Militanz und Gewalt, die von Sachbeschädigung und Brandanschlägen bis zum

Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung reichen.

Gewaltakzeptanz und -anwendung ist für die Autonomen ein notwendiger Bestandteil der lebens- und subkulturellen Identität: Man definiert sich selbst als sozial und damit auch normativ außerhalb der Gesellschaft stehend. Dies schließt den Bruch mit etablierten Regeln im gesellschaftlichen wie im rechtlichen Sinne ein, was im Verständnis von Gewalt als legitimer und normaler Handlungsform mündet. Neben dieser Bedeutung von Gewaltanwendung als Ausdruck eines Lebensgefühls spielt auch deren Funktion zur Binnenintegration eine bedeutende Rolle. Über die Erfahrung unmittelbarer Aktionen heißt es etwa: „Das stärkte [...] auch unseren Gruppenzusammenhalt und das stärkte unsere Gruppe in dem Gesamtgefüge autonomer Zusammenhänge. Das verlieh uns Macht, wenn auch nur für einen Augenblick.“ Der Verweis darauf, dass Gewalt als Ausdruck eines Lebensgefühls anzusehen ist, soll nicht die politische Dimension entsprechender Handlungen abstreiten. Gleichwohl fällt auf, dass zwar die Gesellschaftskritik, aber nicht die Gewaltanwendung politisch legitimiert wird – sieht man von dem pauschalen Verweis auf die Notwendigkeit individueller Gewalt gegen die „strukturelle Gewalt“ der herrschenden Verhältnisse ab.

Der Politologe Armin Pfahl-Traugber sah aufgrund der häufig anzutreffenden Inhaltsleere der Gewalt, der Gewalt als „Haltung“ Parallelen in der Bedeutung der Gewalt für die persönliche Selbstvergewisserung bei Rechts- und Linksextremisten: „In der psychischen Dimension der Gewaltanwendung im Sinne von Körperwahrnehmung und Lebensgefühl besteht bei allen ideologischen Gegensätzen eine mentale Gemeinsamkeit von links-extremistischen und rechtsextremistischen Autonomen: Beide Szenen beschwören – mit den Worten Ernst Jüngers – den ‚Kampf

als inneres Erlebnis', huldigen einem ästhetischen Gewaltverständnis und inszenieren sich als heroische Straßenkämpfer.“ Auch hier gilt natürlich, dass nicht Rechts- und Linksextremismus als solche gleich gesetzt werden, sondern lediglich auf die Ähnlichkeit hingewiesen werden soll, die Gewalt als Lebensgefühl in beiden Szenen jeweils besitzt. Dies ist bestimmt provokativ formuliert, doch sind die angesprochenen Parallelen zu augenfällig, um übergangen zu werden. Weitere Forschung zu diesen Aspekten wäre hier wünschenswert.

3. „Linke Gewalt in Berlin“ – Vorstellung der Studie des Berliner Verfassungsschutzes

3.1. Absolute Zahlen und einige Vergleiche

Linke Gewalt ist in erster Linie ein Großstadtphänomen. In Berlin leben bundesweit die meisten gewaltbereiten Linksextremisten, genauer gesagt jeder sechste der aktionsorientierten, auch gewaltbereiten Linksextremisten. Der Berliner Verfassungsschutz hat daher in einer empirischen Analyse der Gewaltkriminalität unter anderem die Frage nach dem Ausmaß und den Charakteristika von „Linker Gewalt in Berlin“ untersucht. Einbezogen wurden alle polizeilich erfassten Fälle Politisch motivierter Gewaltkriminalität – links, die zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. Dezember 2008 in Berlin begangen wurden. Insgesamt wurden 835 Gewalttaten analysiert. Ziel der Studie ist es, mit empirischen Daten zur gesellschaftlichen Debatte über die Ursachen linker Gewalttaten und über Bekämpfungsstrategien beizutragen. Einige zentrale Ergebnisse möchte ich Ihnen im Folgenden vorstellen:

In absoluten Zahlen und im Pro-Kopf-Vergleich der Bundesländer

ist Berlin in besonderem Maß von linker Gewalt betroffen. In den genannten sechs Jahren wurden durchschnittlich 139 linke Gewalttaten pro Jahr polizeibekannt. Zwischen 2003 und 2006 blieben die Taten weitgehend konstant und stiegen ab 2007 deutlich an. Außerhalb des Untersuchungszeitraums lag das Jahr 2009, in dem nochmals ein außerordentlicher Anstieg zu verzeichnen war. 2010 scheint sich linke Gewalt wieder dem Niveau der Jahre 2003 bis 2006 anzunähern.

Dabei werden deutlich mehr linke als rechte Gewalttaten begangen. 139 linken Taten stehen jedes Jahr durchschnittlich 72 rechte gegenüber (vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Rechte Gewalt in Berlin 2003-2006. Berlin 2007). Im Vergleich der Bundesländer ist Berlin das am stärksten von linker Gewalt betroffene Bundesland. Der „Vorsprung“ Berlins wäre ohne das einmalige Ereignis des G 8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern 2007 noch deutlicher.

3.2. Die Taten – Anmerkungen zu Kontexten und Tatorten

Ein wesentliches Ergebnis der Studie – und zugleich ein wesentlicher Unterschied zur rechten Gewalt – muss vorweggenommen werden: Es gibt nicht „die“ linke Gewalt. Vielmehr sind drei wesentliche Tatkontexte zu unterscheiden, wobei es hier Schnittmengen gibt:

- Gewalttaten mit Demonstrationsbezug (371 Delikte),
- Brandstiftungen (268 Delikte) und
- Gewalttaten „gegen rechts“ (232 Delikte).

Es ereignet sich demnach fast jede zweite linke Gewalttat (44 %) im Zusammenhang mit Demonstrationen. Das hervorstechende Gewaltdelikt bei Demonstrationen ist der Landfriedensbruch.

Für Bekämpfungsstrategien könnte von Bedeutung sein, dass sich demonstrationsbezogene linke Gewalt an politischen Räumen orientiert. Viele Gewalttaten finden zum einen im Umfeld staatlicher Repräsentationsobjekte in Berlin-Mitte statt. Zudem führen Demonstrationsrouten in der Regel zu bewusst gewählten Objekten oder Orten, die in einem Zusammenhang mit dem Demonstrationsthema stehen. Linke Gewalt sucht hier eine politische Bedeutung und wird politisch gerechtfertigt. Darauf deutet auch die relativ hohe Entfernung zum Wohnort vieler Tatverdächtiger hin. Zum Vergleich. Rechtsextremistische Demonstrationen finden zumindest in Berlin oft weniger an politisch gewählten Orten, sondern in den selbst empfundenen „Hochburgen“ statt, orientiert sich demnach stärker am eigenen Lebensraum.

Bei Brandstiftungen der linken Gewalt und bei „gegen rechts“ gerichteten Delikten spielt dagegen das eigene Lebensumfeld der Täter eine Rolle. Die geographischen Räume linker Gewalt sind hier die gleichen wie die der linksextremistischen Szene. Dort, wo linke Gewalttaten begangen werden und linke Gewalttäter wohnen, befinden sich auch die meisten Treff- und Wohnorte aktionsorientierter Linksextremisten: Friedrichshain, Kreuzberg, Prenzlauer Berg. Das deutet auf ein gemeinsames soziales Umfeld hin, in denen linke Gewalttäter und Linksextremisten wohnen und agieren. Im „eigenen Revier“ soll Macht demonstriert und aus Sicht der Tatverdächtigen unerwünschte Meinungen und Lebensstile vertrieben werden. Hier ergeben sich Parallelen zur „gegen links“ gerichteten rechten Gewalt.

Zwar kann der Anteil der geplanten Taten nicht genauer bestimmt werden. Festzuhalten ist aber, dass geplante und vorbereitete Taten im Kontext der linken Gewalt kein Randphänomen sind. Eindeutige Hinweise können Selbstbeichtigungsschreiben wie

bei den Anschlägen der „militanten gruppe“ (mg) sein. Auch die Umstände von Gewalttaten etwa im Rahmen von militanten Kampagnen, gewalttätigen Antifa-Aktivitäten oder so genannten „action weeks“ können auf eine Tatabsicht hinweisen. Schließlich sind mitgebrachte Tatmittel wie Brandanzünder als starkes Indiz für eine geplante Tat zu werten.

3.3. Die Tatverdächtigen – Zusammenhänge von Alter, Geschlecht und Gruppenstruktur

Linke Gewalt wird hauptsächlich von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen begangen. Die Hälfte der Tatverdächtigen war zum Tatzeitpunkt zwischen 18 und 24 Jahren alt. Dabei sind die Tatverdächtigen ganz überwiegend Männer (81 %). Linke Gewalt ist daher in Teilen auch als Jugendphänomen zu begreifen. Vieles deutet darauf hin, dass die Ausübung linker Gewalt bei den meisten Tatverdächtigen an eine bestimmte Lebensphase gebunden ist. Mit zunehmendem Alter spielt Gewalt als Ausdrucksform eine geringere Rolle.

Linke Gewalt ist zudem ein Gruppenphänomen. 87 % der Fälle wurden entweder von Gruppen (71 %) oder von Einzelnen aus einer Gruppe heraus (16 %) heraus begangen. Lediglich 13 % wurden nur von einem mutmaßlichen Täter begangen. Diese hohe Zahl ist nicht allein mit der großen Anzahl von Demonstrationsdelikten zu erklären. Wie bei der politisch rechts motivierten Gewalt bestehen hinsichtlich der Altersstruktur, der Gruppenstrukturen und der Tatabläufe Ähnlichkeiten zur Jugendgruppengewalt.

Ein Ansatzpunkt für die Analyse der Ursachen linker Gewalt ist die festgestellte räumliche Verdichtung in einzelnen Ortsteilen. Hier stellt sich die Frage, welche Rolle Einflussfaktoren

wie das soziale Umfeld, die Nähe zu linksextremistischen Personenzusammenschlüssen und linksextremistische Propaganda spielen. Über die individuelle Gewaltdisposition der Tatverdächtigen kann aus den vorliegenden Daten keine Aussage getroffen werden.

3.4. Die Opfer linker Gewalt – Überlegungen zu Angriffszielen und Schwere der Gewalt

Linke Gewalt kann in vielen Fällen auch als „systemorientierte Gewalt“ bezeichnet werden. Sie richtet sich ganz überwiegend gegen Institutionen und Menschen als Angehörige dieser Institutionen. An erster Stelle betrifft dies die Polizei (64 %), aber auch andere Behörden wie die Agentur für Arbeit oder diverse Senatsverwaltungen (4 %), gefolgt von Unternehmen (24 %).

Linke Gewalt drückt damit den vom Linksextremismus geforderten Systemwechsel aus. Nicht Individuen, sondern Strukturen der Politik und der Wirtschaft sollen vornehmlich getroffen werden. In der Auswahl der angegriffenen Unternehmen zeigt sich eine Verbindung zu Kampagnen der linksextremistischen Szene wie der „Antimilitarismuskampagne“. Bei den untersuchten Brandanschlägen war in der Regel eine Institution Ziel des Angriffs, eine direkte Schädigung von Menschen war dabei offenbar nicht beabsichtigt. Dennoch ist bei dieser Art von Taten eine Gefahr für Leib und Leben allerdings selten ganz auszuschließen. 2009 versuchten Linksextremisten einen Bus anzuzünden, in dem sich mehrere Bundeswehrangehörige befanden. Auch wenn die Soldaten den Bus unverletzt verlassen konnten, zeigt dies die in Kauf genommene Gefährdung von Menschen.

Insgesamt 28 % der Delikte wurden dem Bereich der „linksrechts-Auseinandersetzungen“ zugerechnet. Tatverdächtige

griffen Personen oder Ziele (Trefforte, Szeneläden oder Parteien) an, bei denen es sich aus ihrer Sicht um rechtsextremistische handelte. Enthalten sind in der Zahl auch Polizeibeamte, wenn diese rechtsextremistische Demonstrationen dienstlich begleiteten. Im Verständnis vieler Linksextremisten ist Rechts extremismus („Faschismus“) ein direkter Ausfluss der Verfasstheit des freiheitlichen demokratischen Staatswesens und des Kapitalismus. Der Kampf „gegen rechts“ richtet ist somit gleichzeitig gegen den demokratischen Verfassungsstaat.

Auffällig ist im Kontext der „gegen rechts“ gerichteten Gewalttaten der hohe Anteil gravierender Delikte im Vergleich zum Gesamphänomen. So sind mehr als die Hälfte dieser Taten Körperverletzungsdelikte und insbesondere gefährliche Körperverletzung (53 %). Auch geographisch zeigt sich hier ein bedeutender Unterschied: Der am stärkste als Tatort betroffene Bezirk ist hier Berlin-Lichtenberg (55 %). Zwar ist dieser Bezirk bei Wohnorten linker Tatverdächtiger als auch aktionsorientierter Linksextremisten unterdurchschnittlich vertreten. Ein relevanter Anteil dieser Taten dürfte daher von Tatverdächtigen aus dem Spektrum der autonomen Antifa begangen worden sein, die bewusst die Konfrontation mit „Rechten“ suchen.

4. Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Linke Gewalt ist kein einheitliches Phänomen, sie findet in verdichteten Räumen statt, wird zumeist aus Gruppen heraus begangen und richtet sich gegen die Strukturen von Politik und Wirtschaft („systemorientiert“).

Wenn Linksextremismus und linke Gewalt wieder stärker in das öffentliche Blickfeld geraten, so ist zentral die Frage der

gesellschaftlichen Ächtung zu stellen. Auch wenn in Teilen der Szene das „Abfackeln“ als „unpolitisch“ kritisiert wird, gibt es eine breite Unterstützer- und Sympathisantenszene, die im Internet jede Tat schadenfroh bejubelt. Es gibt offenbar ein gesellschaftliches Umfeld, das die Taten entschuldigt oder rechtfertigt. Zum einen können sich die Täter so als Vollstrecker einer schweigenden Mehrheit empfinden. Insbesondere im Internet sind zahlreiche Sympathiebekundungen und Versuche, Gewalt intellektuell zu rechtfertigen, zu lesen. Andere geben offen zu, dass sie Aufmerksamkeit wollen. „Gewalt ist notwendig, da man mit Pazifismus keine Revolutionen gewinnen kann [...] Sie ist notwendig, um sich Gehör zu verschaffen, ein paar Aktivisten, die friedlich demonstrieren, interessiert doch niemanden“, so ein Kommentar in einem Szeneportal. Erst in letzter Zeit ist eine Diskussion um Zweckmäßigkeit, Vermittelbarkeit und Grenzen der Gewalt in der linksextremistischen Szene zu beobachten.

Beide Ansätze offenbaren ein hilfloses Bemühen, zum Teil schwere Körperverletzungen zu rechtfertigen und das Zerstören von Eigentum vollkommen Unbeteiligter irgendwie zu begründen. Mit Schlagworten wie „action days“ und „Squat Tempelhof“ wird außerdem suggeriert, es sei in irgendeiner Form „hipp“ oder „cool“, Polizisten anzugreifen und nach Faustrecht willkürlich fremdes Eigentum zu zertrümmern. Darauf müssen wir die richtigen Antworten finden. Ausgangspunkt muss ein Konsens aller demokratischen Kräfte sein, dass Linksextremismus und linke Gewalt zu ächten sind.

Der Berliner Verfassungsschutz hofft, mit seiner Arbeit und der vorgelegten Studie Fakten für eine hoffentlich folgende intensive Debatte beizutragen, wie Lösungsansätze für wirksame Bekämpfungsstrategien entwickelt werden können.

Über den Autor

Folker Schweizer ist Leiter des Stabes im Verfassungsschutz Berlin. Er studierte Politikwissenschaften, Neuere und Neueste sowie Mittelalterliche Geschichte in Tübingen, Reims (Frankreich) und Berlin. Seit 2003 ist Schweizer Mitarbeiter im Verfassungsschutz Berlin angestellt, zwischen 2004 und 2009 leitete er die Auswertung Rechtsextremismus. Seit 2009 leitet er die dortige Stabsstelle bei der Abteilungsleiterin sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

* * *



Demonstration: Autonome Linksextremisten demonstrieren auch in Thüringen.

Michael Geiken

Entwicklung linksextremistischer Gewalt in Thüringen



Sehr geehrter Herr Landtagsvizepräsident,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

linksextremistische Gewalt – bei diesem Thema denken die meisten zunächst an das Schanzenviertel in Hamburg oder auch an die alljährlichen Demonstrationen zum 1. Mai in Berlin. Dass es dieses Phänomen auch in unserem Freistaat Thüringen gibt, möchte ich Ihnen mit meinem Vortrag veranschaulichen. Ohne meinen Mitreferenten vorgreifen zu wollen, und ggf. Details wiederholend, die Sie – Herr Minister – bereits angesprochen haben, werde ich Ihnen kurz darlegen, was wir als Verfassungsschutz eigentlich unter Linksextremismus verstehen bzw. welche Gruppen unter diesem Begriff vereint sind.

Im Anschluss will ich ausführen, was die Protagonisten linksextremistischer Gewalt in Thüringen kennzeichnet: Welche Strukturen haben sie? Was sind ihre Themenfelder – sprich: Wogegen sind sie bzw. was wollen sie eigentlich?

Wie ist ihr Verhältnis zum demokratischen Spektrum?

Wie viele von diesen Personen gibt es eigentlich in Thüringen und wie ist diese Zahl im bundesweiten Vergleich einzuordnen?

Danach möchte ich Ihnen von der Polizei erhobene Daten zur politisch motivierten Kriminalität – insbesondere die Gewaltkriminalität betreffend – präsentieren, die meines Erachtens sehr interessante Aussagen zur linksextremistischen Gewalt in Thüringen erlauben.

Diese Problematik werde ich in quantitativer und qualitativer Hinsicht beleuchten.

Außerdem werde ich einen Bezug zu rechtsextremistischer Gewalt – insbesondere unter dem Stichwort „Gewaltspirale“ – herstellen.

Am Ende werde ich ein Resumee ziehen, dass – so glaube ich – einige interessante Thesen enthält, zu denen wir bei der Podiumsdiskussion oder auch während der Pause noch ins Gespräch kommen werden.

Meine Damen und Herren,
der Linksextremismus umfasst ein ideologisch breit gefächertes und facettenreiches Spektrum.



Allen Linksextremisten ist jedoch gemein, dass sie die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen wollen.

Ihre Bestrebungen richten sich letzten Endes gegen grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Eine große Gruppe von Linksextremisten will einen marxistisch-leninistischen Staat bzw. eine wie auch immer geartete kommunistische Gesellschaft – in diesem Fall spricht man von orthodoxen Linksextremisten.

In Thüringen gibt es etwa 200 orthodoxe Linksextremisten. Auch die Ideologien orthodoxer Linksextremisten sehen den Einsatz von Gewalt vor, nämlich zur Umsetzung der von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen.

Da jedoch Gewalt aktuell nicht zu den Aktionsformen der orthodoxen Linksextremisten in Thüringen gehört, will ich auf diese Gruppe im Folgenden nicht weiter eingehen.

Die zweite Gruppe neben den orthodoxen Linksextremisten will eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“.

Zu dieser Gruppe gehören neben den Anarchisten die sogenannten „Autonomen“, mit denen ich mich im Folgenden näher beschäftigen will:

Autonome haben kein einheitliches geschlossenes Weltbild. Ihre ideologischen Vorstellungen sind eher diffus. Sie bestehen aus Versatzstücken verschiedener linksextremistischer Strömungen und enthalten marxistische, sozialrevolutionäre, nihilistische und anarchistische Elemente.

Kennzeichnend für Autonome ist eine – Herr Minister hat es bereits angesprochen - generelle Antihaltung.

Autonome erheben den Anspruch, nur nach eigenen Regeln leben zu wollen. Fremde Vorgaben – insbesondere staatliche und gesellschaftliche Zwänge lehnen sie unter dem Motto „Keine Macht für niemand!“ ab.

Typisch für Autonome ist überdies ein ausgeprägter Individualismus.

Dieser macht es ihnen schwer, größere Strukturen zu schaffen und auf Dauer aufrecht zu erhalten.

Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen würden auch dem Grundverständnis der Autonomen widersprechen. Die Szene ist vielmehr heterogen zusammengesetzt und kennt weder Hierarchien noch Führungsstrukturen.

Jedenfalls in Thüringen organisieren sich Autonome deshalb meist in Gruppen mit regional begrenztem Wirkungskreis.

Regionale Schwerpunkte bilden die Städte Erfurt und Jena aber auch die Regionen um Arnstadt, Zella-Mehlis, Suhl und Meiningen sowie Gera, Weimar und Saalfeld.

Typische Themen, für die Thüringer Autonome aktiv werden, sind vor allem der – nach autonomer Diktion – Antifaschismus und – mit wechselnden Schwerpunkten – der Kampf um autonome Freiräume und gegen angebliche staatliche Repression. Dem Kampf um autonome Freiräume kam 2009 starke Bedeutung zu, als das sogenannte „Besetzte Haus“ in Erfurt geräumt wurde.

Das Objekt auf dem Gelände der ehemaligen Firma „Topf und Söhne“, die nationalsozialistische Konzentrationslager mit Kremationsöfen belieferte, war seit April 2001 besetzt und wurde danach von Personen der subkulturelle Szene, aber auch von Autonomen genutzt.

Langjähriger Aktionsschwerpunkt der Thüringer Autonomen ist allerdings der Antifaschismus.

Thüringer Autonome nehmen insbesondere rechtsextremistische Veranstaltungen zum Anlass für Aktionen.

Dass Autonome dabei allein agieren, ist mittlerweile eher selten.

In der Regel streben sie eine Beteiligung an Gegenveranstaltungen des demokratischen Spektrums an.

Autonome stehen bürgerlichem Engagement allerdings grundsätzlich ablehnend gegenüber. Hinter diesem stünde angeblich nur der Wunsch, ein positives Bild Deutschlands zu zeichnen. Auch das bürgerliche Beharren auf gewaltfreien Aktionsformen wird kritisiert.

Die inzwischen aufgelöste „Antifaschistische Sportgruppe Jena“ warf der Zivilgesellschaft 2007 vor, sie treibe nur „die Sorge um den Wirtschaftsstandort und das Ansehen der Stadt ... nicht aber der Kampf gegen nationalistische und rassistische Inhalte“ an. Aus Weimar stammt ein Text, in dem 2008 behauptet wurde, rechtsextreme Positionen und bürgerliche Mitte würden sich gegenseitig bedingen. Außerdem würden bürgerliche Protestierer ähnliche Positionen vertreten wie die NPD.

Andererseits bieten sich Autonomen bei der Beteiligung an bürgerlichen Aktionen auch Vorteile.

Die Beteiligung von Autonomen an Gegenveranstaltungen des demokratischen Spektrums dürfte deshalb auf taktische Erwägungen zurückzuführen sein.



Man meint, nach autonomen Gewaltaktionen in einer größeren Menschenmenge leicht untertauchen und sich damit strafrechtlichen Konsequenzen entziehen zu können.

Durch Bildung entsprechender antifaschistischer oder antikapitalistischer – einheitlich schwarz gekleideter - Blöcke innerhalb einer Demonstration verfolgen Autonome das Ziel, ein geschlossenes Auftreten zu suggerieren und damit wirkungsvoll eigene Positionen zu transportieren. Sie versuchen oft, sich an die Spitze eines Aufzuges zu stellen, um ihn – etwa mit einem Fronttransparent – optisch zu prägen und gegebenenfalls sogar zu steuern. Eines der wichtigsten Merkmale Autonome ist deren Gewaltbereitschaft.

Sie stellt einen Teil ihrer Identität dar und wird sowohl in Wort und Bild, als auch direkt auf der Straße ausgelebt.

Wohl wissend, dass Gewalt in unserer Gesellschaft geächtet ist, versuchen Autonome sich damit zu rechtfertigen, dass sie ihrerseits mit den Aktionen lediglich auf alltägliche Gewalt reagieren würden.

Diese alltägliche Gewalt ist nach dem Verständnis von Autonomen z. B. im Gewaltmonopol des Staates, in Rechtsvorschriften - aber auch in gesellschaftlichen Regeln zu finden.

Außerdem gehe Gewalt natürlich – um in der Diktion der Autonomen zu bleiben - von „Nazis“ aus, was ja auch nicht unzutreffend ist.

Autonome betrachten eigene Gewalt deshalb eher als Notwehr gegen ein Gewalt ausübendes Umfeld.

Direkte öffentliche Gewaltaufrufe von Thüringer Autonomen sind eher die Ausnahme.

Das mag daran liegen, dass man sich vor staatlichen Sanktionen schützen und auch mögliche Bündnispartner nicht verschrecken will.

Das Gewaltverständnis drückt sich meist über diffuse Äußerungen, wie Aufrufen zu „allen möglichen Aktionsformen“ oder „kreativen Aktionen“ aus. Zudem wird es über szenetypische Abbildungen und Slogans transportiert.



In der internen Diskussion und auch in Szeneveröffentlichungen kommt die Gewaltbejahung jedoch deutlich zum Ausdruck.

Dort wird Gewalt eindeutig befürwortet oder zumindest toleriert.

Mit zwei Beispielen möchte ich dies illustrieren:

- Nach den Protesten gegen das rechtsextremistische „Fest der Völker“ im September 2009 in Pößneck entspann sich im auch von Linksextremisten genutzten Internetportal

„indymedia“ eine kontroverse Diskussion um mögliche Aktionsformen.

Ausgelöst wurde diese Diskussion durch einen Autor der unter dem Tenor „Scheiss auf Pöbneck und die Alibidemokraten!“ über seine Erlebnisse berichtete.

An einem Bratwurststand habe er dort einen Mann gesehen, der in „einem Lonsdale Shirt und einer Thor Steinar Mütze“ bediente. Dazu schrieb er „Eigentlich hätten wir den Stand abfackeln müssen, keine Ahnung wieso wir das nicht taten...“.

Ein anderer Autor erwiderte darauf: „Warum habt ihr nicht das Info Telefon angerufen? Wir hätten, was das angeht, sicher etwas „veranlasst“...“.

Und weiter: „...mit einem friedlichen Protest lassen sich keine Nazis vertreiben oder behindern. Dafür sind nun einmal Aktionen außerhalb der Legalität vonnöten.“

- Ein weiteres Beispiel mit eindeutigen Gewaltbezügen ist ein Redebeitrag der „Antifaschistischen Gruppe Südthüringen“ (AGST) bei einer Gegendemonstration zum Aufmarsch der NPD in Erfurt am 1. Mai 2010.

Die Gruppe hatte schon im November 2005 erklärt, Gewaltverzicht sei „ahistorisch und politisch unverantwortlich“. Von einer „betont pazifistischen Form des Protestes“ müsse man Abstand nehmen.

2010 betont sie, dass sie „die pauschale, reflexhafte Ablehnung militanter Widerstandsformen blödsinnig“ findet.

Die „pauschale Verurteilung militanten Widerstandes“ lehnt sie ab, weil Gewalt „ein legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit einer gewaltförmigen Gesellschaft“ sei. Weiter heißt es: „Wir wollen nicht für Deutschland blockieren.“

Wir brauchen keine peacigen Reflexe gegen militanten Widerstand und schon gar nicht geäußert durch jene, die die wirkliche Gewalt beschweigen. Der Staat und seine Gefolgschaft sind keine Garanten des Friedens und der Freiheit, sondern das Gegenteil.“ Gewalt sei gerechtfertigt, „wenn sie Schlimmeres zu verhindern sucht, wenn sie im Sinne wirklicher Freiheit geschieht.“

Meine Damen und Herren,
wie groß ist nun das Personenpotential in Thüringen, über das wir sprechen?

Wir gehen davon aus, dass derzeit etwa 130 Personen in Thüringen als Autonome bzw. gewaltbereite Linksextremisten anzusehen sind. Hinzu kommt noch ein mobilisierungsfähiges Umfeld, mit dem bei entsprechend zugkräftigen Veranstaltungen – also anlassbezogen - zu rechnen ist.

Sieht man sich die bundesweite Verteilung auf der Karte an, mutet diese Zahl in absoluter Betrachtung eher gering an.

Wir befinden uns gleichauf mit dem Saarland und lediglich Rheinland-Pfalz hat mit 120 Personen weniger Angehörige der autonomen Szene.

Auch bei Betrachtung der Gesamtzahl der Personen, die in Deutschland dem Spektrum der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zugerechnet werden und die sich Ende 2009 auf 6.600 belief, scheint 130 wenig zu sein.

Setzt man die Zahl in Relation zur Bevölkerung, wandelt sich das Bild nur leicht:

Mit knapp 6 gewaltbereiten Linksextremisten pro 100.000 Einwohner liegt Thüringen noch im unteren Drittel. Dies ist ein Befund, der auf den ersten Blick beruhigend erscheint.

Doch zur Einschätzung linksextremistischer Gewalt im Vergleich der Länder ist das Personenpotential nur ein Faktor. Noch aussagekräftiger ist ein Blick auf die polizeiliche Kriminalstatistik, auf die ich im Folgenden zu sprechen komme. Dazu stütze ich mich auf polizeilich erhobene Zahlen der politisch motivierten Kriminalität links – kurz: PMK links. Die PMK links wird vom Thüringer Landeskriminalamt seit 2001 aufgrund eines bundesweit einheitlichen Definitionensystems statistisch erfasst. 2009 waren der PMK links in Thüringen mit 467 Straftaten fast ein Viertel der insgesamt 2.042 politisch motivierten Straftaten zuzuordnen.

Politisch motivierte Kriminalität – Links in TH (PMK-Links)			
Straftaten	2007	2008	2009
Insgesamt	266	312	467
davon u. a.			
Gewaltkriminalität	58	56	79
Sachbeschädigungen	89	150	222
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	77	75	87

Wie Sie sehen, ist die Gesamtzahl der PMK links seit 2007 kontinuierlich von 266 im Jahr 2007 über 312 im Jahr 2008 auf 467 Straftaten im Jahr 2009 angestiegen. Die PMK links wird statistisch weiter untergliedert. Es werden

neben der Gewaltkriminalität zum Beispiel auch Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsrecht ausgewiesen. Wenngleich wir uns mit diesen Delikten heute nicht weiter auseinandersetzen – sondern uns auf die Gewaltdelikte konzentrieren wollen, möchte ich doch darauf hinweisen, dass auch dort die Zahlen bis 2009 angestiegen sind.

Werfen wir noch einen Blick auf die regionale Verteilung der PMK links in Thüringen.

Wie ich bereits ausgeführt hatte, sind Autonome vor allem in Erfurt und Jena, aber auch in den Regionen um Arnstadt, Zella-Mehlis, Suhl und Meiningen sowie Gera, Weimar und Saalfeld aktiv.

Das spiegelt sich in der regionalen Verteilung der PMK links wieder.

Sie sehen, dass die PMK links in den Polizeidirektionen Erfurt, Gotha und Jena – vielleicht auch noch Saalfeld besonders stark ist, während sie in der Polizeidirektion Nordhausen eher schwach ausgeprägt ist.

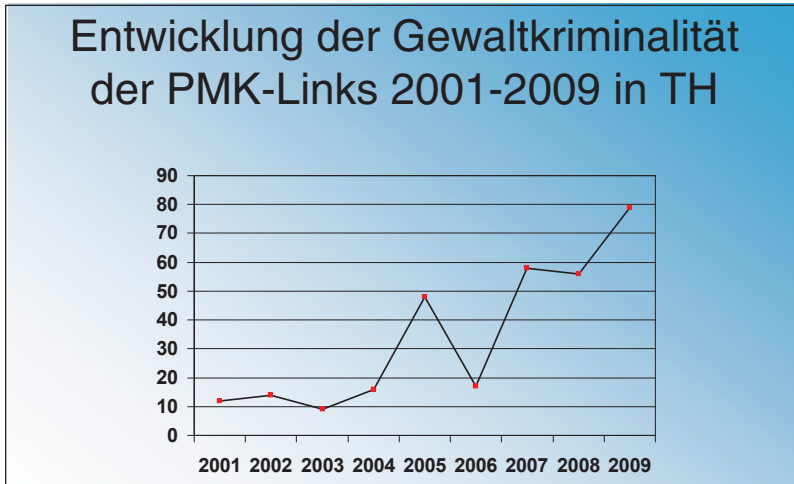
Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns nun einen Blick auf die Gewaltkriminalität im Bereich der PMK links werfen.

Als Gewaltkriminalität erfasst die Polizei vor allem

- Körperverletzungsdelikte,
- Brand- und Sprengstoffdelikte,
- Landfriedensbruch,
- gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr,

- Raub,
- und Widerstandsdelikte.¹



Die Gewaltkriminalität der PMK links weist für Thüringen seit 2003 einen deutlichen Aufwärtstrend aus.

Erfasst sind hier alle politisch motivierten Gewaltstraftaten – unabhängig davon, ob sie auf eine sogenannte Systemüberwindung abzielen.

Der bisherige Höhepunkt mit 79 Straftaten wurde im Jahr 2009 erreicht.

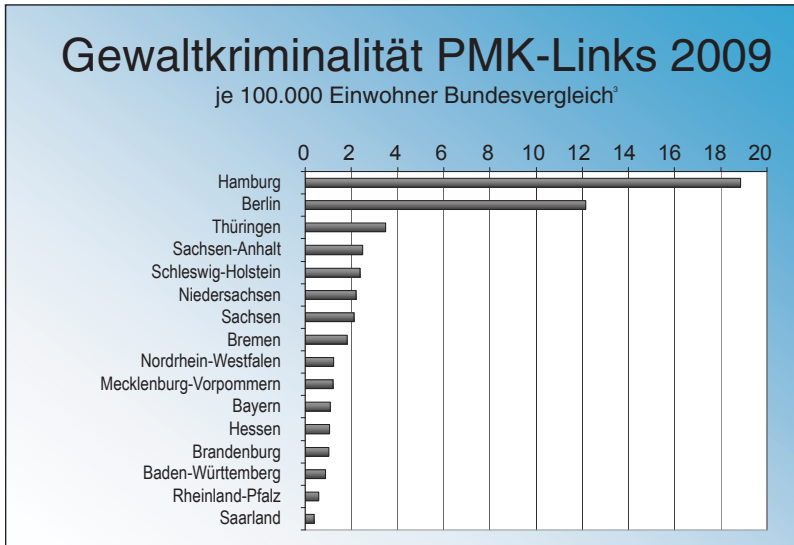
Dass es im Jahr 2006 einen Einbruch nach unten gab, liegt daran, dass die Szene in diesem Jahr vorübergehende strukturelle Schwächen hatte.²

Der Aufwärtstrend der linksextremistischen Gewalt wird jedoch an dem Chart deutlich.

¹ sowie Tötungsdelikte, Freiheitsberaubung, Erpressung und Sexualdelikte

² strukturelle Probleme der vorher sehr starken „Antifaschistischen Aktion Gera“ - erkennbar an den stark zurückgefahrenen Aktivitäten; außerdem kein „Fest der Völker“, da dieses wegen polizeilichem Notstand während der Fußball-WM verboten werden konnte

Ordnet man die 79 Gewaltstraftaten des Jahres 2009 im Bundesvergleich ein, mutet die linksextremistische Gewalt in Thüringen nicht sehr hoch an.



Vergleicht man diese 79 Gewaltstraftaten des Jahres 2009 jedoch auf der Basis der Einwohnerzahl in den Bundesländern, muss man feststellen, dass Thüringen nach den Stadtstaaten Hamburg und Berlin auf dem 3. Platz liegt!

In Thüringen wurden pro 100.000 Einwohner knapp 3,5 der PMK links zugeordnete Gewaltdelikte begangen.

Länder mit vergleichbarer Struktur und Geschichte, wie Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen deutlich darunter, mit etwa 2,1 bzw. 2,5.

³ „Grundlagen des Bundesvergleichs sind **alle** politisch motivierten Gewalttaten, die von den Polizeibehörden der Länder dem ‘PMK-Links’ zugeordnet wurden. Nicht jede dieser Straftaten hat jedoch einen linksextremistischen Hintergrund. Die jeweilige Bewertung und Registrierung in den einzelnen Ländern kann variieren.“

Mittlerweile liegen vorläufige Zahlen für die ersten 3 Quartale dieses Jahres vor.

Danach zeichnet sich ab, dass die hohe Anzahl linker Gewalttaten des Vorjahres in 2010 voraussichtlich nicht erreicht werden wird.

Doch befinden sich die Werte noch immer auf einem vergleichsweise hohen Niveau⁽¹⁾.

Meine Damen und Herren

Kommen wir nun zum Vergleich der Gewaltstraftaten im Bereich der PMK links mit der PMK rechts.

Bisher war es seit Einführung der PMK-Statistik im Jahre 2001 stets so, dass mehr rechte Gewalttaten verübt wurden als linke. Rechte Gewalt war also größer als dem Bereich der PMK links zuzuordnende Gewalt.

Das hat sich 2009 geändert! Im Jahr 2009 standen den 42 Gewaltstraftaten der PMK rechts 79 Gewaltstraftaten der PMK links gegenüber.

Die linken Gewalttaten überwogen 2009 die rechten Gewalttaten um 37 Taten bzw. 88 Prozent.

Sehen wir uns die Deliktsarten linker Gewalt an.

Wir stellen fest, dass sowohl 2008 wie auch 2009 Körperverletzungsdelikte und auch Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte am häufigsten verwirklicht wurden – und zwar beide Deliktsarten mit ansteigender Tendenz.

⁽¹⁾ Aktualisierung: „Die Zahl linker Gewalttaten im Jahr 2010 beträgt 64. Dies geht aus der polizeilichen Kriminalstatistik hervor, die im März 2011 veröffentlicht wurde.“

Körperliche Gewalt gegen andere Menschen und auch Widerstandshandlungen gegen die Polizei dominieren augenfällig politisch motivierte linke Gewalt.

Ins Auge fällt überdies der markante Anstieg der Brandstiftungen von 2008 auf 2009.

Dieser Anstieg dürfte insbesondere auf die vielen Branddelikte zurückzuführen sein, die im Zusammenhang mit der Räumung des sogenannten „besetzten Hauses“ in Erfurt verübt wurden.

Meine Damen und Herren

mit meinen bisherigen Ausführungen habe ich versucht, Ihnen den zahlenmäßigen Anstieg linksextremistischer Gewalt in Thüringen zu verdeutlichen.

Lassen Sie mich nun noch auf die Qualität dieser Gewalt eingehen.

Ich glaube, die Qualität der Gewalt kann ich am besten mit Beispielen veranschaulichen:

- ▶ Im Vorfeld des rechtsextremistischen „Fest der Völker“ verübten unbekannte Täter am 12. September 2009 mit insgesamt 11 Brandsätzen Brandanschläge auf Kabelschächte von Signalanlagen an der Bahnstrecke Saaleck-Saalfeld. An der Bahnstrecke Weimar-Jena wurde ebenfalls ein Brandanschlag durchgeführt.

Sie können sich ausmalen, was für Zugunglücke passieren können, wenn Signale manipuliert oder ganz außer Betrieb gesetzt werden!

- ▶ Am 16. April 2009 wurde das „besetzte Haus“ in Erfurt geräumt.

Während die darauf folgenden demonstrativen Proteste weitgehend friedlich blieben, kam es in den Tagen und Wochen nach der Räumung jedoch auch zu zahlreichen erheblichen Sachbeschädigungen u. a. in Erfurt, Weimar, Jena, Heiligenstadt und Ilmenau.

Allein in Weimar wurden mehr als 40 Wertstoffcontainer angezündet.

Auch in Erfurt und Jena gab es zahlreiche Brände, ebenfalls vorwiegend an Wertstoffcontainern.

Wertstoffcontainer – meistens waren es Altpapiersammelbehälter – hört sich zunächst vielleicht unspektakulär an.

Einige dieser Container standen allerdings in unmittelbarer Nähe von bewohnten Häusern.

In Erfurt wurden außerdem mehrere Kfz angezündet. Am 18. April 2009 warfen Unbekannte Molotow-Cocktails in den Hof der Polizeidirektion Erfurt, dabei brannte ein Dienstfahrzeug aus.

- ▶ In der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 2009 wurden zwei an einer Packstation in Erfurt abgestellte DHL-Transporter in Brand gesetzt.

Die Abkürzung des Logistikunternehmens „DHL“ wird bei Teilen des linksextremistischen Spektrums mit „Deutsche Heeres Logistik“ übersetzt, um damit die Übernahme von Aufträgen für die Bundeswehr zu diskreditieren.

Schon in der vorangegangenen Nacht hatten unbekannte

Täter die Scheiben von 2 Packstationen in Erfurt zerstört und die Einrichtungen zudem mit den Schriftzügen „Entmilitarisiert“ und „mg“ besprüht.

Im Zuge der ersten Aktion wurden am Tatort Flugblätter zurückgelassen, auf denen die Taten als Reaktion auf ein am 16. Oktober verkündetes Urteil im „mg-Prozess“ dargestellt wurden.

In diesem Prozess sind die Angeklagten zu mehrjährigen Haftstrafen wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung „militante gruppe“ (mg)⁴ verurteilt worden.

- Am Abend des 6. Dezember 2009 verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Ordnungsamt Weimar. Sie zerschlugen Fensterscheiben und warfen Feuerwerkskörper in das vormals von der Polizei Weimar genutzte Gebäude.

Des weiteren wurden damals in Weimar sechs Fahrzeuge in Brand gesetzt.

Hintergrund der Aktionen dürfte der Jahrestag der Tötung eines Jugendlichen durch Polizisten am 6. Dezember 2008 in Athen gewesen sein.

Diese Beispiele belegen meines Erachtens recht anschaulich, dass die Gewaltkriminalität, über die wir sprechen, keine Kavaliersdelikte sind.

Die Qualität linksextremistischer Gewalt darf nicht verharmlost werden.

⁴ Aktivitäten der „militanten gruppe“ (mg) waren ab 2001 festgestellt worden.

Seither verübte sie zahlreiche Anschläge vorwiegend im Raum Berlin/Brandenburg.

Daneben betrieb sie über die Szenezeitschrift „interim“ eine Militanzdebatte, an der sich auch einige andere militante Gruppen beteiligten. Im Sommer 2009 hatte sie über die Szenezeitschrift „Radikal“ ihre Auflösung erklärt.

Meine Damen und Herren

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich noch das Spannungsverhältnis ansprechen, das zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten auch in Thüringen besteht.

Hier besteht die Gefahr, dass sich eine Spirale der Gewalt entwickelt.

Beide Seiten – sowohl Rechtsextremisten als auch Linksextremisten – beobachten ihre Gegner sehr genau.

Sie recherchieren Informationen über gegnerische Personen und veröffentlichen diese anschließend auch – zum Beispiel im Internet. Es gibt richtige Recherche-Teams und anschließende Outingaktionen.

Das kann dazu führen, dass sich Leser dieser Veröffentlichungen aufgefordert fühlen, aktiv zu werden und Gewalt gegen die geoutete Person anzuwenden.

Es gibt bereits Ansätze dafür, dass Gewalt weitere Gewalt nach sich zieht – und damit eine schwer zu stoppende Gewaltspirale in Gang gesetzt wird:

- So wurden zwei auch überregional bekannte Rechtsextremisten am 23. Januar 2008 nach dem Besuch einer öffentlichen Stadtratssitzung in Jena von etwa 15 Vermummten mit Schlagstöcken und Reizgas angegriffen und verletzt. Dieser Überfall fügte sich in eine seit August 2007 zu konsolidierende Abfolge von gegenseitigen Aktionen ein. 2007 kam es zu Sachbeschädigungen an einem der rechtsextremistischen Szene zugeordneten Laden⁵ durch vermummte unbekannte Täter.

⁵ „Madley“ - inzwischen geschlossen

Im Dezember 2007 sowie im Januar 2008 wurden wiederum durch unbekannte Täter Sachbeschädigungen an den Räumen der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena, durchgeführt.

In diesem Fall wurden die Täter in den Reihen der örtlichen rechtsextremistischen Szene, insbesondere im unmittelbaren Umfeld des sogenannten „Braunen Hauses“, vermutet.

- Nachdem es im April 2009 einen politisch motivierten Übergriff auf eine Gruppe von alternativen bzw. linken Jugendlichen in Jena gegeben hatte, fand wenige Tage später eine Demonstration unter dem Motto „Wenn ihr auf Menschen einprügelt, prügeln wir zurück!“ statt.

Aus dieser Veranstaltung heraus griff eine Gruppe Vermummter mehrere Personen an, die sich im Bereich eines Eiscafes aufhielten und die sie offensichtlich dem rechts-extremistischen Spektrum zuordneten.

Laut einem Beitrag im Internetnetzwerk „indymedia“ hätte man die „Faschisten unter anderem mit Pyrotechnik“ gezielt angegriffen, denn es sei schließlich nicht darum gegangen, Höflichkeiten auszutauschen, sondern vielmehr um unerledigte Rechnungen.

Meine Damen und Herren,

die linksextremistische Gewalt in Thüringen ist sicherlich nicht mit derjenigen in Hamburg oder Berlin zu vergleichen.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen jedoch gezeigt zu haben, dass linksextremistische Gewalt auch in Thüringen existiert.

Diese Gewalt darf nicht unterschätzt werden.

Dies ergibt sich schon daraus,

- ▶ dass linksextremistische Gewalt in Thüringen sich vorwiegend als Körperverletzung oder Widerstandshandlung gegen Menschen richtet
- ▶ dass die gewaltbereite linksextremistische Szene in Thüringen personell zwar relativ klein ist, ihr jedoch themenbezogen eine hohe Dynamik und Gewaltbereitschaft innewohnt
- ▶ dass Thüringen unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte im vergangenen Jahr den Spitzenplatz bei linker Gewalt unter den jungen Bundesländern, und deutschlandweit sogar direkt hinter Hamburg und Berlin auf dem 3. Platz liegt
- ▶ dass die politisch motiviert Gewalt - links mittlerweile die politisch motivierten Gewalttaten – rechts deutlich übersteigt.

Meine Damen und Herren

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Über den Autor

Michel Geiken ist Jurist beim Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und leitet dort als Regierungsdirektor die Abteilung „Auswertung“.

Prof. Dr. Uwe Backes

Zur Interaktionsdynamik links- und rechtsextremistischer Gewalt



Im neuen Jahrtausend haben Quantität wie Qualität der politisch motivierten Konfrontationsgewalt in Deutschland im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt eine deutliche Steigerung erfahren. Im Mittelpunkt des Gewaltgeschehens stehen die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern rechter und linker militanter Szenen, deren harte Kerne sich als „Antifa“ und „Anti-Antifa“ heftig befehden. Angriffe auf Polizeibeamte, wie sie in den letzten beiden Jahren vermehrt und mit besonderer Rücksichtslosigkeit zu registrieren waren, stehen oft in unmittelbarem Zusammenhang zum Konfrontationsgeschehen.¹ Die Entwicklung der Konfrontationsgewalt lässt sich nur verstehen, wenn die Interaktionsdynamik zwischen den wichtigsten Akteursgruppen mit ihren wesentlichen Einflussfaktoren erfasst wird.²

¹ Vgl. nur einige Berichte aus jüngster Zeit: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Politisch motivierte Kriminalität. Jahresbericht 2009, Stuttgart 2010, S. 7 f.; Der Polizeipräsident in Berlin/LKA 5, Lagedarstellung der Politisch motivierten Kriminalität in Berlin für das Jahr 2009, Berlin 2010, S. 24, 40.

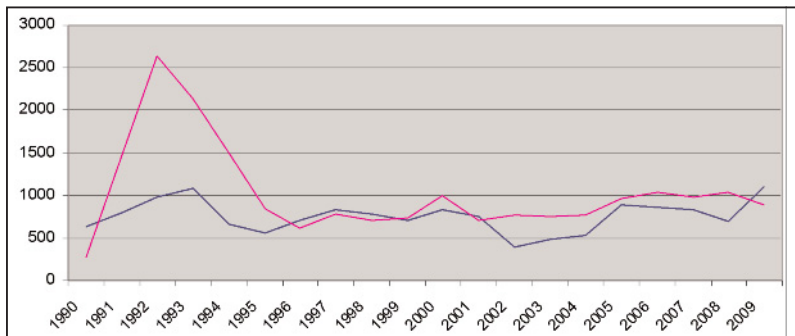
² Vgl. auch zum Folgenden: Uwe Backes, Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von „Autonomen“, „Neonationalsozialisten“ und „Skinheads“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Uwe E. Kemmesies (Hrsg.), Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur, München 2006, S. 41-57; ders., Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland – vergleichende Betrachtungen, in: Politische Studien, Themenheft 1/2007, S. 31-43.

Dieser Beitrag zeichnet in einem ersten Schritt die allgemeine Entwicklung der politisch motivierten Gewalt im vereinten Deutschland nach und beleuchtet deren Spezifik. Danach werden die Besonderheiten der Konfrontationsgewalt näher untersucht. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht die Dynamik des Gewalthandelns. Abschließend wird der Frage nach den Ursachen für den Anstieg der Konfrontationsgewalt nachgegangen.

1. Entwicklung und Spezifik politisch motivierter Gewalt seit 1990

Werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Entwicklung der politisch motivierten Gewalt in den letzten beiden Jahrzehnten. Die politisch rechts motivierte Gewalt erreichte in den ersten Jahren nach der Vereinigung vor dem Hintergrund sprunghaft ansteigender Asylbewerberzahlen und der Transformationsproblematik im östlichen Deutschland einen Höhepunkt. Zwar sank die Zahl der Gewalttaten in den Folgejahren; sie stabilisierte sich aber auf einem im Vergleich zum westdeutschen Niveau der siebziger und achtziger Jahre hohen Niveau. Die links motivierte Gewalt wies keinen ähnlich starken Anstieg wie die rechts motivierte zu Beginn der neunziger Jahre auf, blieb aber – von den Medien weniger beachtet – ab Mitte der neunziger Jahre nicht weit hinter der rechts motivierten zurück. Im Jahr 2009 lag die Zahl der als linksextremistisch eingestuften Gewalttaten mit 1096 Delikten sogar deutlich über der von rechtsextremistischen Tätern verübten (891).

Abb. 1: Entwicklung links- und rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten, 1990-2009



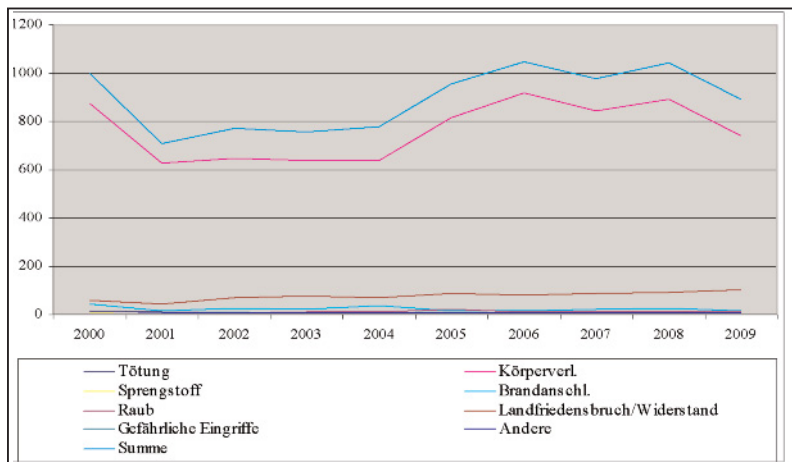
Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes; BKA, Definitionssystem „Politisch motivierter Kriminalität“. Es gelten die bekannten Einschränkungen und Probleme der polizeilichen Erfassung von Gewalttaten (wie Hell-/Dunkelfeldproblematik, Aussage- und Anzeigeverhalten, zwischenbehördliche Divergenzen, Zuordnungsschwierigkeiten, fehlende Opferstatistik). Die polizeiliche Erfassung bleibt als Quelle von Trendaussagen dennoch unverzichtbar – nicht zuletzt wegen der oft noch in unmittelbarer Nähe zum Geschehen gewonnenen Erkenntnisse. Da die Erfassungsmodalitäten mehrfach geändert wurden (zuletzt 2001 mit einem völlig neuen System „Politisch motivierte Kriminalität“, PMK), sind Langzeitbetrachtungen nur in der Form vager Trendaussagen möglich. Die bis einschließlich 2000 veröffentlichten Zahlen sind mit denen danach nur sehr bedingt vergleichbar. Siehe zu dieser Problematik: Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Paderborn 2006, S. 135-137.

Welche Deliktgruppen dominieren das Gewaltgeschehen links und rechts? Im Verlaufe des letzten Jahrzehnts haben sich die Schwerpunkte in beiden Bereichen nur wenig verschoben. Jene Delikte, die typischerweise von terroristischen Gruppen mit einem hohen Planungsniveau verübt werden und auf die Herausbildung von Untergrundstrukturen mit entsprechender Logistik hindeuten (Sprengstoffanschläge, Raubüberfälle,

Freiheitsberaubung und Erpressung), blieben quantitativ unbedeutend. Zwar handeln linksextreme Gruppen im Vergleich zu ihren Antipoden im Schnitt häufiger planhaft, kalkuliert und zielgerichtet; sie bevorzugen jedoch risikoarme Aktionen gegen Sachen, was den etwas höheren Anteil der Brandanschläge (gegen staatliche Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen oder sogenannte Luxuskarossen) erklärt. Die rechtsextreme Gewalt weist einen besonders hohen Anteil an körperlichen Angriffen auf, die sehr oft expressiv-hassgeladen, vielfach spontan, unter Musik- und Alkoholeinfluss erfolgen. Der Anteil der Körperverletzungen ist bei den linksextremen Gewalttaten dagegen deutlich geringer; er hat in den letzten Jahren allerdings zugenommen, so dass auch hier eine gewisse Annäherung der Delikt spezifik beider Gruppen festzustellen ist. Für militante Linksautonome typisch ist das Agieren aus der Distanz, etwa der Stein- oder Flaschenwurf, seltener die Gewalttat in der Face-to-face-Situation.³ Die hohe Zahl linker Gewalttaten am Rande des Demonstrationsgeschehens erklärt den ungleich größeren Anteil von Landfriedensbrüchen und Widerstandsdelikten. Auch die gefährlichen Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- oder Straßenverkehr – etwa im Zusammenhang mit Blockadeaktionen gegen Transporte mit atomarem Abfall, ein Thema, das in jüngster Zeit wieder an Bedeutung gewonnen hat – sind eher eine linke Besonderheit und kommen im rechten Bereich nur selten vor.

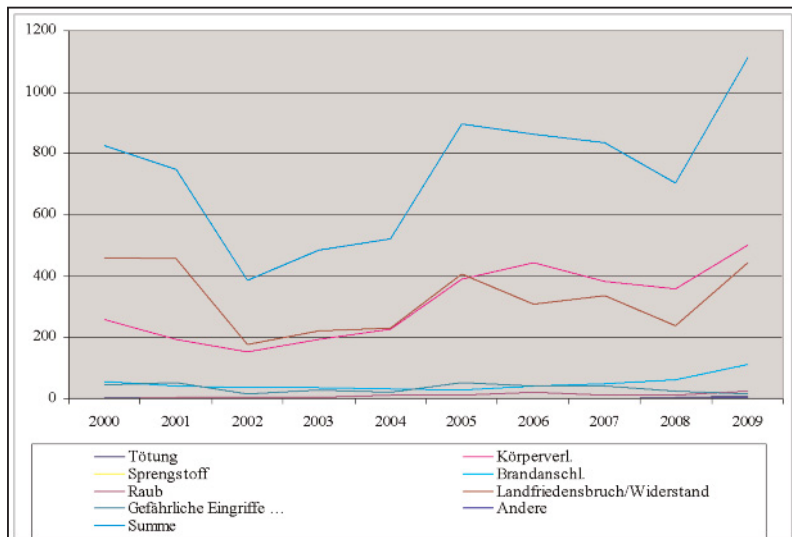
³ Vgl. Matthias Mletzko, Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2010, S. 9-16.

Abb. 2: Rechtsextremistische Gewalt: Deliktstruktur, 2000-2009



Quelle: s.o.; eigene Auswertung.

Abb. 3: Linksextremistische Gewalt: Deliktstruktur, 2000-2009



Quelle: s.o.; eigene Auswertung.

2. Zur Dynamik der Konfrontationsgewalt

Was die Konfrontationsgewalt angeht, bedarf ihre Entwicklung einer von den übrigen Formen politisch motivierter Gewalt getrennten Erörterung. Vor allem im Bereich der PMK-rechts treten in Tatausführung und Delikt spezifische Merkmale hervor, die sich vom Gesamtbild der rechten Gewalt deutlich abheben. So wurde für die Rechts-Links-Auseinandersetzungen in Berlin für das Jahr 2008 ein Gruppentäter-Anteil von über 80 Prozent festgestellt.⁴ Häufiger als sonst gehen Rechts-Links-Auseinandersetzungen Vorbereitungshandlungen voraus. „Teils werden Örtlichkeiten des politischen Gegners ausgekundschaftet, teils bereitet man sich grundsätzlich vor, indem man sog. ‚passive Bewaffnung‘ besorgt; sie wird nicht im Hinblick auf ein bestimmtes geplantes Tatvorhaben angeschafft, sondern als Ausdruck der generellen Bereitschaft zu körperlichen Auseinandersetzungen. Über Kommunikationsnetze – etwas per SMS – lassen sich zu einzelnen ad-hoc Aktionen relativ schnell weitere Szeneangehörige herbeirufen.“⁵ Die von links-extremen Akteuren ausgehende Konfrontationsgewalt scheint sich demgegenüber weit weniger stark vom Gesamtbild linker Gewalt zu unterscheiden.⁶

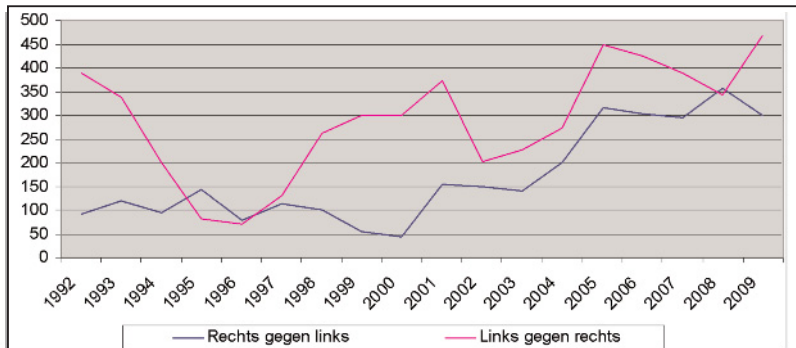
⁴ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechte Gewalt in Berlin 2003 bis 2006, Berlin 2007, S. 67 f.

⁵ Michael Kohlstruck/Daniel Krüger/Katharina Krüger, Was tun gegen rechte Gewalt?, hrsg. von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt/Berliner Forum Gewaltprävention, Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Nr. 39, Berlin 2009, S. 53.

⁶ Vgl. etwa zu Berlin: Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.), Linke Gewalt in Berlin, 2003-2008, Berlin 2009, S. 58-60.

Hier besteht allerdings noch dringender Forschungsbedarf.⁷ Der Verlauf der Konfrontationsgewalt ist angemessen nur zu verstehen, wenn die daran hauptsächlich beteiligten Akteursgruppen in ihrem Wechselverhältnis in den Blick genommen werden. Betrachten wir zunächst den Verlauf der Konfrontationsgewalt links gegen rechts. Sie geht im Wesentlichen von Tätern aus der Szene der „Autonomen“ und ihrem Umfeld aus und ist in hohem Maße mit dem Demonstrationsgeschehen auf den Straßen verknüpft. Wie die rote Verlaufskurve auf dem Diagramm zeigt, lag das Gewaltniveau Links gegen Rechts mit Ausnahme der Jahre 1995/96 und 2008 über dem Gewaltniveau Rechts gegen Links. Das linke Gewalthandeln war also in den letzten beiden Jahrzehnten weit stärker auf den rechten Antipoden bezogen als umgekehrt – eine Aussage, die allerdings für das neue Jahrtausend mehr und mehr zu relativieren ist. Auf die Gründe ist noch näher einzugehen.

Abb. 4: Ausmaß der Konfrontationsgewalt, 1992-2009



Quelle: s.o.

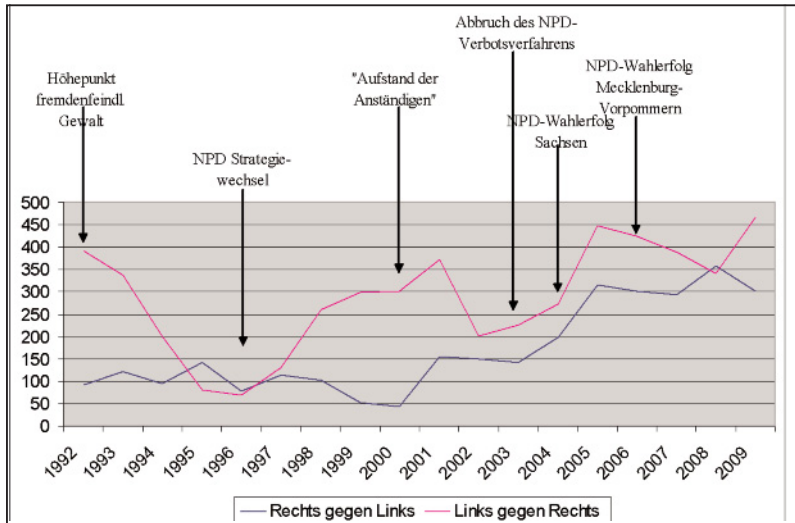
⁷ Während die rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierte Gewalt Gegenstand zahlreicher empirisch-quantifizierender Studien ist, widmen sich bislang nur wenige Arbeiten der linksextrem motivierten Gewalt. Vgl. zuletzt aber Klaus Hoffmann-Holland, Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin. Forschungsbericht, Freie Universität Berlin, Berlin 2010.

Wie aber lassen sich die erheblichen Veränderungen im Zeitablauf erklären? Naturgemäß ist die Entwicklung der rechts-extremen Szene und ihre szeneeinterne wie öffentliche Wahrnehmung dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Das hohe Niveau der Konfrontationsgewalt zu Beginn der neunziger Jahre erklärt sich aus der gesellschaftlichen Gegenmobilisierung, die von einer Welle rechtsextremer/fremdenfeindlicher Gewalttaten ausgelöst wurde.⁸ Sie ging in den Folgejahren mit dem Abebben dieser Gewaltwelle zurück. Ab dem Jahr 1996 beobachten wir einen erneuten Anstieg – bis zum Jahr 2001 beinahe auf das Niveau zu Beginn der neunziger Jahre. Inzwischen hatte die rechtsextremistische NPD einen Strategiewechsel eingeleitet und sich unter dem neuen Bundesvorsitzenden Udo Voigt besonders in den östlichen Ländern gegenüber den militanten Jugendszenen der Skinheads wie NS-affiner Gruppen geöffnet.⁹ Dies äußerte sich u.a. in einem Anstieg der Demonstrationsaktivitäten und allmählich steigenden Wahlergebnissen auf regionaler Ebene. Parallel zu dieser Entwicklung verstärkte sich nun die gesellschaftliche Gegenmobilisierung erneut. Sie erreichte im Jahr 2000 mit dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich zweier Sprengstoffanschläge mit vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund ausgerufenen „Aufstand der Anständigen“ einen Höhepunkt.

⁸ Die Hintergründe der Gewaltwelle haben auf breiter Quellenbasis untersucht: Helmut Willms, zusammen mit Roland Eckert, Stefanie Würtz, Linda Steinmetz und Paul B. Hill, *Fremdenfeindliche Gewalt - Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*, Opladen 1993.

⁹ Vgl. Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007; Marc Brandstetter, *Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten*, Marburg 2006, Uwe Hoffmann, *Die NPD. Die Entwicklung, Ideologie und Struktur*, Frankfurt a.M. 1999.

Abb. 5: Konfrontationsgewalt, Rechtsextremismus und Gegenmobilisierung, 1992-2009



Quelle: s.o.; eigene Auswertung.

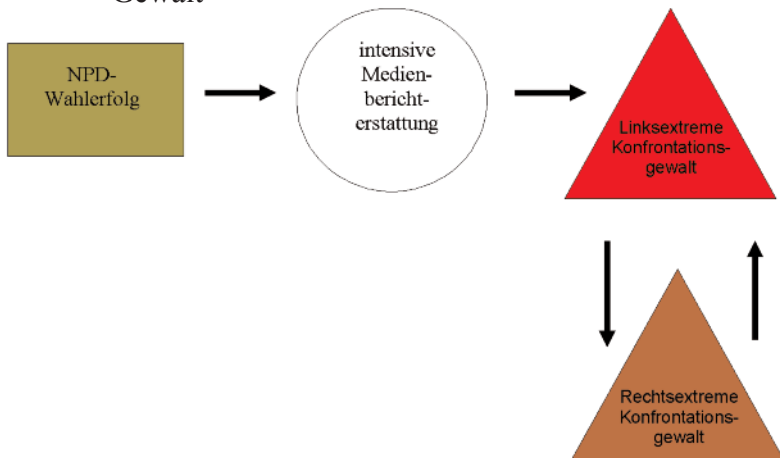
Aus Szene-Sicht nahmen die Breite der sozialen Gegenmobilisierung wie auch die zeitweilige Schwächung der rechtsextremen NPD infolge des im Jahr 2001 eingeleiteten Verbotverfahrens der „autonomen“ Antifa Wind aus den Segeln.¹⁰ Der Abbruch des Verfahrens, das Wiedererstarken der Partei und die verstärkten Aktivitäten alter wie neuer Akteure im militanten Spektrum begünstigten dagegen eine neue Antifa-Konjunktur.

Dabei spielten auch die NPD-Wahlerfolge auf regionaler Ebene (die Partei zog u.a. in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein) eine wichtige Rolle, wie wir in einer

¹⁰ Vgl. Wie deutsch sind die Nazis? Bestimmungen für eine neue Antifadebatte, in: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität, Nr. 14/2004, S. 4-7.

vom Bundeskriminalamt in Auftrag gegebenen Zeitreihenanalyse zeigen konnten (Untersuchungszeitraum: 2003-2006).¹¹ Für das Bundesland Sachsen mit seiner starken NPD, ausgeprägten militanten Szenen und einer sozialen Gegenmobilisierung, die seit 2005 an Kraft gewonnen hat, konnte folgender Zusammenhang ermittelt werden: Eine starke NPD-Wahlmobilisierung mit signifikant steigenden Wahlergebnissen löst verstärkte Medienberichterstattung aus und belebt auf diese Weise die gesellschaftliche Gegenmobilisierung, an deren Rändern linksextremistische Konfrontationsgewalt ansteigt. Die linksextremistische Konfrontationsgewalt ihrerseits stimuliert rechtsextremistische Konfrontationsgewalt (nicht aber andere Formen rechter/fremdenfeindlicher Gewalt).

Abb. 6: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt



¹¹ Vgl. Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010. Die Studie kann über die Homepage des Hannah-Arendt-Instituts kostenlos heruntergeladen werden: <http://www.hait.tu-dresden.de/ext/details.asp?reihe=5&nr=172&1a=1>.

Diesen Zusammenhang konnten wir für das Land Sachsen, nicht aber für das Land Nordrhein-Westfalen nachweisen. Dies wiederum bestätigt die Stimulationsthese, der zufolge eine erfolgreiche NPD-Wahlmobilisierung politisch motivierte Gewalt anstachelt, denn die NPD ist in NRW weit schwächer als in Sachsen und löst daher auch weit weniger Medienwirbel aus. Allerdings hat unsere Untersuchung weder die in der Forschung vertretene Stimulationsthese (Wahlerfolge rechtsextremer Parteien stimulieren das rechtsextreme Gewaltpotential¹²) noch die Absorptionsthese (Wahlerfolge rechtsextremer Parteien absorbieren das rechtsextreme Gewaltpotential¹³) in ihrer schlanken Form bestätigt, da es sich um eine komplexe Wechselbeziehung handelt, bei der die linksextreme Konfrontationsgewalt das entscheidende Bindeglied darstellt. Zudem ist die von uns gefundene Interaktionsdynamik von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig, die Zurückhaltung bei der Übertragung der Ergebnisse auf andere Bundesländer oder gar andere europäische Länder geboten erscheinen lassen.

3. Gründe für den Anstieg der Konfrontationsgewalt im neuen Jahrtausend

Dies verdeutlicht auch die Sichtung von Faktoren, die den auffallenden Anstieg der rechtsextremen Konfrontationsgewalt im neuen Jahrtausend zu erklären vermögen.

¹² Vgl. etwa Frank Esser/Bertram Scheufele/Hans-Bernd Brosius (Hrsg.), *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung. Deutschland im internationalen Scheinwerferlicht*, Opladen 2002, S. 213.

¹³ Vgl. etwa Thomas Ohlemacher, „Wechselwirkungen nicht ausgeschlossen“: Medien, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindliche Straftaten 1991-1997, in: Frieder Dünkel/Geng (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien*, Mönchengladbach 1999, S. 53-68, hier S. 61.

1. Aufgrund der NS-Vergangenheit und ihrer katastrophalen Folgen reagiert die deutsche Öffentlichkeit mit besonderer Sensibilität auf Phänomene, die eine Ähnlichkeit mit den historischen Formen aufweisen. Der amerikanische Politikwissenschaftler David Art spricht von einer „Reuekultur“ („culture of contrition“), die sich erheblich von der in Österreich verbreiteten „Viktimisierungskultur“ („culture of victimization“) unterscheidet.¹⁴ Dies erklärt zum Teil die hohe Medienresonanz – mit für das Thema charakteristischen hysterischen und alarmistischen Übersteigerungen.¹⁵

2. Bei der NPD handelt es sich um eine harte rechtsextremistische Partei mit einer beachtlichen ideologischen Schnittmenge zum historischen Nationalsozialismus und einer symbiotischen Beziehung zu militanten rechtsextremen Szenen. Zwar verfolgt sie im Wesentlichen eine legalistische Strategie. Sie setzt aber bei der Mobilisierung auf den Straßen und in Wahlkämpfen auf die Unterstützung jugendlicher Aktivisten aus gewaltgeneigten Gruppen und nimmt deren weitergehende Umtriebe nicht selten billigend in Kauf. Ohnehin ist die Partei personell mit Teilen der militanten Szenen verflochten – wie sich sogar anhand der harten Kerne rechtsextremer Militanz wie etwa der verbotenen sächsischen Gruppe „Sturm 34“ zeigen lässt.¹⁶

Diese Befunde treffen allerdings in erster Linie auf die östlichen Länder zu; für die westlichen sind sie zu relativieren und regional stärker zu differenzieren.

¹⁴ Vgl. David Art, *The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria*, Cambridge 2005.

¹⁵ Besonders gut aufgearbeitet ist der „Fall Sebnitz“: Rainer Jogschies, *Emotainment - Journalismus am Scheidweg. Der Fall Sebnitz und die Folgen*, Münster 2001.

¹⁶ Vgl. Matthias Mletzko, „Sturm 34“. Fallbeispiel einer radikalisierten rechtsextremistischen Gewaltgruppe, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 22, Baden-Baden 2010, S. 148-164.

3. Zu Beginn der 1990er Jahre entstand eine „Anti-Antifa“ als Reaktion auf die zunehmenden Aktivitäten der autonomen „Antifa“. Dabei wurden deren Methoden teilweise übernommen. So operiert man mit „schwarzen Listen“, veröffentlicht Fotos und Adressen von Kontrahenten – nicht selten mit der unverhohlenen Aufforderung, gegen die Zur-Schau-Gestellten in geeigneter Weise vorzugehen. Die verstärkte soziale Gegenmobilisierung mit ihren unzivilen und teilweise gewaltsamen Formen wie Übergriffen auf Personen und Objekte der rechtsextremen Szene hat den linken Antifaschismus stärker in deren Blickfeld rücken lassen.

4. Einen weiteren Höhepunkt dieser Entwicklung stellte das Auftauchen „nationaler Schwarzer Blöcke“ mit bislang szenentypischem, „autonomen“ Erscheinungsbild (Vermummung, Palästinensertücher, Anstecker mit abgewandelten Parolen) dar – zunächst ab etwa dem Jahr 2002 in Berlin, bald darauf auch an Rhein und Ruhr und durch den Nachahmungseffekt sehr schnell in weiteren Regionen (in Deutschland wie in europäischen Nachbarländern). Die „Autonomen Nationalisten“, deren Mitgliederpotential nach Informationen der Verfassungsschutzbehörden innerhalb des Jahres 2009 von rund 10 auf 15 Prozent der in NS-affinen Gruppen Aktiven (also von rund 500 auf 750 bundesweit) gestiegen ist¹⁷, treten bei Demonstrationen

¹⁷ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“ – Rechtsextremistische Militanz, Köln 2009, S. 2; Thüringer Innenministerium (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2009, Erfurt 2010, S. 11. Siehe auch: Christian Menhorn, „Autonome Nationalisten“ – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 19, Baden-Baden 2008, S. 213-225; Marc Brandstetter, Autonome Nationalisten im Vergleich, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 185-203; Jan Schedler, Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der ‚Autonomen Nationalisten‘ im extrem rechten Strategiespektrum, in: Stefan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten – Wiesbaden 2009, S. 332-357; ders., „Autonome Nationalisten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2010, S. 20-26.

aggressiver als andere Gruppierungen des rechtsextremen Spektrums auf, bilden „schwarz Blöcke“, greifen linke Gegner wie Polizeibeamte an. Dabei legitimieren sie ihr Handeln wie ihre linksextremen Kontrahenten durch die Berufung auf eine Notwehrsituation, in der gewaltsames Reagieren unausweichlich erscheint. Eine jüngere Generation von Aktivisten agiert anders als ihre Vorgänger offensiv, stört gegnerische Veranstaltungen und fotografiert deren Teilnehmer – mit der unverhohlenen Drohung, gegen diese bei Gelegenheit vorzugehen. In der Region Dortmund wurden derartige Aktionsweisen schon vor einigen Jahren beobachtet: Die Autonomen Nationalisten Östliches Ruhrgebiet (ANÖR) marschierten unter der Losung „Dortmund ist unsere Stadt“ auf, „deklarierten eine ‚national befreite Zone Dortmund‘ und verkündeten, sie würden es ‚nicht zulassen, dass auch nur eine einzige Veranstaltung linker und antifaschistischer Kreise in dieser Stadt unbeobachtet, unkommentiert und vor allem ungestraft über die Bühne gehen wird‘“.¹⁸

5. Gleichzeitig werden Radikalisierungstendenzen in Teilen der Autonomen-Szene registriert. Dies gilt einerseits im Verhältnis zu den ideologischen Antipoden. Mit dem Argument „Faschismus ist keine Meinung, sondern eine Ideologie der Vernichtung!“¹⁹ lassen sich Übergriffe jeglicher Art rechtfertigen. Anlässlich eines Brandanschlags auf das Wohnhaus eines Neo-NS-Aktivisten in Neumünster (17. März 2009) stellte eine Kieker Gruppe klar, sie akzeptiere grundsätzlich „keine gesetzlich

¹⁸ Ulrich Wittenbrink, „Dortmund ist unsere Stadt“ (Januar 2006), in: redok 2010.

¹⁹ Eine militante Antifaschist_Innen, Einige Gedanken zu militantem Antifaschismus, in: Interim Nr. 693 vom 11. Juni 2009, S. 19. Siehe zum ideologischen Hintergrund: Rudolf van Hüllen, Linksextremismus und Gewalt – ein symbiotisches Phänomen im Aufschwung?, in: Deutsche Polizei Nr. 8/2010, S. 6-15.

vorgeschriebenen Regeln im Kampf gegen Neonazis und für eine herrschaftsfreie Welt“. Andererseits wird der antifaschistische Kampf als Teil der Auseinandersetzung mit dem verhassten „System“ gesehen: „Radikaler Antifaschismus bedeutet für uns mehr als nur gegen Nazis zu sein. Er bedeutet auch eine unvereinbare Haltung zu diesem System einzunehmen und die gesellschaftlichen Bedingungen radikal zu bekämpfen, welche immer wieder Rassismus, Sozialdarwinismus und letztendlich die Existenz von Neonazis reproduzieren.“²⁰ Aus dieser Einstellung erklärt sich u.a. die zunehmende Aggressivität von Szene-Angehörigen gegenüber den Sicherheitskräften, wie sie sich etwa bei einem Überfall auf das Gebäude des Polizeikommissariats 16 im Hamburger Schanzenviertel am 3. Dezember 2009 zeigte: „In den späten Abendstunden des 03.12.2009 warfen ca. 20 Vermummte mit Steinen mehrere Fensterscheiben der Polizeiwache Lerchenstraße ein und setzten zwei Streifenwagen in Brand. Sie bewarfen Polizeibeamte, die aus der Wache eilten und keine Schutzkleidung trugen, massiv mit faustgroßen Steinen und rollten eine brennende Mülltonne direkt an das Gebäude, dessen Eingangstür sie zuvor verschließen wollten.“²¹ In einem Rechtfertigungsschreiben hieß es, man habe die neue Methode des „crash flash mob“, einer unerwartet auftauchenden und zuschlagenden Menge, praktiziert. „Auf dem Weg der Revolte/ Revolution“ werde man „an handfesten Konfrontationen auch mit den Repressionsorganen nicht vorbeikommen.“ Die angegriffene Wache habe „rassistischen Terror“²² ausgeübt. Unverhohlen Sympathie bekundende Szene-Angehörige kommentierten

²⁰ Ebd., S. 20

²¹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, S. 130.

²² Interim Nr. 704 vom 29. Januar 2010, S. 11.

den Vorfall ausführlich. Dabei wandten sie sich gegen die Auffassung, Gewaltanwendung sei nur als Reaktion gegen staatliche „Repression“ legitim: „Wenn nämlich Militanz und militante Aktionen nur als Reaktion auf Schweinerein der Herrschenden für sinnvoll gehalten werden (wenn überhaupt ...), bleiben wir auf eine defensive Sicht auf die Welt und den eigenen Perspektiven darin reduziert. [...] Wir werden auch weiterhin offensiv agieren und militante Aktionen nicht nur dann akzeptieren, wenn sie sich als Reaktion auf Ereignisse vermittelt.“²³

6. Der Anstieg der Gewalt gegen Polizeibeamte steht teilweise in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zunahme der Links-Rechts- und Rechts-Links-Konfrontationen. Ein Beispiel von vielen: Nach einer NPD-Kundgebung am Vortrag des „Schanzenfestes“ (11. September 2009) wurden die Polizisten, welche die Demonstration vor etwa 500 angereisten Militanten geschützt hatten, „mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern angegriffen“. „Autonome“ errichteten Barrikaden und legten Brände. „Mit Stahlstangen wurden Fahrzeuge unbeteiligter Verkehrsteilnehmer massiv angegriffen, sodass sich ein Beamter der Verkehrsstaffel gezwungen sah, einen Warnschuss abzugeben.“²⁴ Zwar sind die militanten Antipoden einerseits aufeinander fixiert: Die jeweilige Selbstdefinition hängt wesentlich vom Kontrahenten ab, wie Analysen von Gerichtsakten und Selbstzeugnissen der Szenen zeigen.²⁵ Bei aller ideologischen Gegensätzlichkeit im Blick auf ihre politischen Ziele konvergieren sie insbesondere in ihrer manichäischen Weltsicht und der Konstruktion von Feindbildern mit dehumanisierender Tendenz.

²³ Interim Nr. 704 vom 29. Januar 2010, S. 13.

²⁴ Freie und Hansestadt Hamburg (FN 21), S. 134.

²⁵ Vgl. Backes/Mletzko/Stoye (FN 11), S. 108-139, 160-183.

Dabei hat sich andererseits aber auch das Verhältnis zum verhassten Staat angenähert. Sehen ihn autonome Antifas seit eh und je im Bündnis mit der extremen Rechten und in Richtung Faschismus abdriften („Polizisten schützen die Faschisten!“), erkennt die prinzipiell der Staatsautorität bejahend gegenüber stehende Anti-Antifa nun in den Systemeliten die klammheimlichen Verbündeten der Antifa und der von dieser angeblich bestimmten Agenda multikulturalistischer „Überfremdung“, „Volkszerstörung“ und Dekadenz. Erfolgreiche Blockadeaktionen der militanten Antifa wie etwa beim verhinderten Trauermarsch der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) in Dresden im Februar 2010 tragen zu dieser Polarisierung bei. In der April-Nummer des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ gab der Szene-Rechtsanwalt Björn Clemens die im NPD-Umfeld herrschende Stimmung wieder. Es spreche manches dafür, „dass die neue Taktik der Behörden darin besteht, die Linkskriminellen als fünfte Kolonne gewähren zu lassen“. Es würden zunehmend Stimmen laut, wonach „die Pflicht der Kräfte des nationalen Widerstandes zur Befolgung der Gesetze entfalle, wenn der Staat in deren Missachtung ein Negativbeispiel bilde.“ Wenn es „zunehmend zu straßenschlachtähnlichen Auseinandersetzungen“ komme, liege „nun einmal die Alleinschuld bei einem Staat, der sich nicht bemüht, die Urteile seiner Gerichte umzusetzen und politische Opportunität über Recht und Gesetz stellt.“²⁶ Solche Töne sind bei militanten Rechtsextremisten erst in den letzten Jahren häufiger zu vernehmen. Auf diese Weise sind die Repräsentanten des Staates verstärkt ins

²⁶ „Der ‚Rechtsstaat‘ wird Stück für Stück demontiert“. Björn Clemens im Interview mit Karl Richter, in: Deutsche Stimme, Nr. 4/2010. Vgl. dazu auch den Kommentar von Matthias Brodtkorb, Reibung erzeugt Hitze: In der NPD spitzen sich die Debatten über die Konsequenzen aus „Dresden“ zu, in: Endstation Rechts vom 2. April 2010, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=4679, (10. April 2010).

Visier beider Szenen geraten. Dies dürfte neben der Eigengesetzlichkeit des Demonstrationsgeschehens ein wesentlicher Grund dafür sein, warum die Zunahme der Konfrontationsgewalt einhergeht mit einer erhöhten Brutalität gegen Polizeibeamte, die zwischen den Fronten stehen und von beiden Seiten attackiert werden.

4. Fazit

Die Konfrontationsgewalt verdient mehr Aufmerksamkeit, da ohne sie die Dynamik politisch motivierter Gewalt nicht angemessen zu verstehen ist. Die Antifa-Gewalt bildet dabei einen eigenständigen Wirkungsfaktor, der bei der Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen den Mobilisierungsbemühungen rechtsextremer Parteien, der Medienöffentlichkeit, dem Präventions- und Repressionsverhalten des Staates wie der Bürgergesellschaft und den militanten rechtsextremen Szenen nicht außer acht gelassen werden darf. Auch wenn das Interaktionsgefüge zwischen den maßgeblichen Akteuren hochkomplex ist und keineswegs einheitlichen Stimulus-Response-Mustern gehorcht, erfordert ein erfolgreiches Extremismus- und Gewaltmonitoring die Beachtung möglicher interaktiver Verklammerungen und Wechselwirkungen, die insbesondere vom Verlauf des Wahl- und Demonstrationsgeschehens sowie von herausragenden Ereignissen mit Signalwirkung ausgehen.

Über den Autor

Uwe Backes (* 2. Februar 1960 in Greimerath) studierte Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Universität Trier. Von 1988 bis 1994 war er Akademischer Rat a.Z. an der Universität Bayreuth. 1997/98 erhielt Backes ein Feodor-Lynen-Forschungsstipendium der Alexander-von-Humboldt-Stiftung am „Centre d’Étude pour la Vie Politique Française“ (CEVIPOF) in Paris und 1998/99 ein Heisenberg-Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Im Sommersemester 1998 war er als Otto-von-Freising-Gastprofessor an der Katholischen Universität Eichstätt tätig. Seit 1999 ist Backes stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung (HAIT) und hat zudem eine außerplanmäßige Professur am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Dresden inne. Im Wintersemester 2000/2001 hatte er eine Gastprofessur an der Universität Paris X in Nanterre und im Sommersemester 2008 eine Alfred-Grosser-Gastprofessur am Campus franco-allemand de Sciences Po Paris in Nancy.

Zur Zeit wirkt er auch als Inhaber des Gutenberg-Lehrstuhls (2010/11) an der Universität Straßburg.

Eckhard Jesse

Aktuelle Aspekte des Linksextremismus - Erscheinungsformen, Handlungsfelder, Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung¹



1. Einleitung

Eine öffentliche Debatte über den Linksextremismus war lange ausgeblieben. Das hatte verschiedene Gründe – die Fixierung auf gewalttätige und nicht-gewalttätige Formen des Rechtsextremismus verdrängte andere Themen von der politischen Agenda. Mittlerweile richtet sich das Augenmerk etwas stärker auf den Linksextremismus – bedingt durch dessen Zunahme, bedingt ebenso durch die Initiative der neuen Bundesregierung, Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus auch auf den Linksextremismus und Islamismus auszuweiten. So wurde die Linke lange öffentlich nicht so scharf kritisiert wie nach den Äußerungen der Parteivorsitzenden Gesine Löttsch in der „jungen Welt“ über „Wege zum Kommunismus“ im Vorfeld einer von dieser Postille jährlich veranstalteten Rosa-Luxemburg-Konferenz. Eine Kostprobe: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, in der Opposition oder in der Regierung.“²

¹Der Vortrag wurde von Prof. Jesse aktualisiert: Stand Februar 2011.

²So Gesine Löttsch, Wege zum Kommunismus, in: junge Welt v. 3. Januar 2011.

Lötzsch berief sich in Ihrem Artikel dabei mehrfach auf Rosa Luxemburg, nach der die Partei „ihre“ Stiftung benannt hat. Luxemburg ist nun wahrlich keine Gralshüterin des demokratischen Verfassungsstaates.

Mein Vortragsthema ist breit angelegt: Es geht mir nicht spezifisch um linksextremistische Gewalt, das Oberthema dieses Symposiums, sondern um aktuelle Aspekte des Linksextremismus insgesamt. Der Linksextremismus stellt einen Teil des politischen Extremismus dar. Aber „den“ Linksextremismus gibt es nicht. So haben wir in Deutschland höchst unterschiedliche linksextremistische Organisationen, darunter etwa 20 internationale trotzkistische Dachverbände (repräsentiert in 28 Sektionen) mit rund 1.600 Personen³, die, an den unterschiedlich interpretierten Lehren Leo Trotzki orientiert, eine weltweite Revolution propagieren und sich jeher vom sowjetischen und vom chinesischen Herrschaftsmodell distanziert haben. Die einen verfechten die „reine Lehre“ und sind abgeschottet. Die anderen mischen an Protestkampagnen mit und pflegen andere – größere – Organisationen zu unterwandern (Entrismus). Selbstverständlich kann es an dieser Stelle nicht darum gehen, diesen Mikrokosmos aufzuhellen. Das ist auch für einen Extremismusforscher ein hartes Stück Arbeit.⁴ Ich verschone Sie also mit dem „Revolutionär Sozialistischen Bund/Vierte Internationale“ und mit der „internationalen sozialistischen Linken“ (der Fraktionsvorsitzende der Linken in NRW Wolfgang Zimmermann ist Mitglied dieser Gruppierung), die gemeinsam den deutschen Zweig der Vierten Internationale repräsentierten. Beide sind sie aus der 1986 gebildeten „Vereinigten

³ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 187.

⁴ Das Thema Trotzkismus ist wissenschaftlich unzureichend aufgearbeitet.

Sozialistischen Partei“ hervorgegangen, die wiederum ein Zusammenschluss der trotzkistischen „Gruppe Internationale Marxisten“ mit der KPD/ML war. Und ebenso verschone ich Sie mit der „Gruppe Arbeitermacht“ und der in der Partei „Die Linke“ aktiven Gruppierung „marx21“, dem früheren „Linksruck“.

Mein Vortrag behandelt um Erscheinungsformen, Handlungsfelder sowie – am Rande – Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung. Um Komplexität zu reduzieren, beschränke ich mich bei den Erscheinungsformen auf den parteiförmig organisierten Linksextremismus, der keine Gewalt anwendet (also die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“, die „Deutsche Kommunistische Partei“ und „Die Linke“)⁵ sowie auf den nicht fest organisierten Linksextremismus, der Gewalt anwendet (also vor allem die Autonomen). Den fest organisierten und gewalttätigen Linksextremismus (terroristische Gruppierungen) vernachlässige ich ebenso wie den nicht fest organisierten und gewaltlosen (Intellektuelle, die den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren suchen). Was die Handlungsfelder angeht, beziehe ich mich vor allem auf den „Antifaschismus“, der ein hohes Maß an Mobilisierungskraft hat – bei allen Formen des Linksextremismus. Das Spektrum der Handlungsfelder ist breit. Es geht um den Kampf gegen den „Kapitalismus“, gegen den „Neoliberalismus“, um „Antimilitarismus“ und „Anti-Globalisierung“. „Antifaschismus“ ist nicht per se antidemokratisch, wie Antikommunismus es nicht ist. Aber es gibt eben auch extremistische Antifaschisten. Schließlich geht es knapp um Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung. Der Beitrag endet mit einigen Thesen, die über das Untersuchungsgebiet hinausweisen.

⁵Andere Gruppierungen wie etwa die „Rote Hilfe“ finden keine Berücksichtigung.

Da die anderen Themen auf der Tagung sich des gewalttätigen Linksextremismus annehmen, werde ich die Akzente stärker auf seine nicht-gewalttätige Form legen, ohne das gewalttätige Spektrum zu vernachlässigen. Das ist der eine Grund. Der andere: Häufig ist der nicht-gewalttätige Linksextremismus tabuisiert. Diesem Missstand sollte abgeholfen werden. Vielfach firmiert die Partei „Die Linke“ in der Öffentlichkeit als eine demokratische Partei. Extremismustheoretische Untersuchungen kommen zu einem anderen Ergebnis.⁶

2. Erscheinungsformen

2.1. Harte und weiche Extremismusvarianten

Ich verwende die Begriffe „weicher“ (etwa Die Linke) und „harter“ Extremismus (etwa die NPD).⁷ Extremismus ist eben nicht gleich Extremismus. Gleiches gilt auch für (autoritäre bzw. totalitäre) Diktaturen. Wie lässt sich die Unterscheidung zwischen harten und weichen Extremismusvarianten analytisch fruchtbar machen? Um der Mehrdimensionalität des Extremismusphänomens Rechnung zu tragen, bieten sich die klassischen Untersuchungsmerkmale der Parteienanalyse an – Ideologie, Organisation und Strategie.

⁶ Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS, Baden-Baden 2004; Eckhard Jesse / Jürgen Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

⁷ Vgl. ausführlich Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 13-31.

Ideologie: Eine weltanschauliche Utopie der angestrebten Gesellschaftsform stellt den Kern antidemokratischen Denkens dar. Harte Extremismen lehnen den demokratischen Verfassungsstaat in toto ab und streben (mehr oder weniger offen) eine Diktatur an. Weiche Extremismen richten sich nur gegen bestimmte Bereiche demokratischer Verfasstheit, beispielsweise bürgerliche Freiheits- und Gleichheitsrechte, und laufen damit auf eine Abschwächung der Elemente des demokratischen Verfassungsstaates hinaus.

Organisation: In extremistischen Parteien sind häufig unterschiedliche Strömungen beheimatet, um ein möglichst breites Spektrum potenzieller Sympathisanten zu erreichen und so den eigenen politischen Einfluss steigern zu können. Als Kriterium für die Einschätzung kann daher gefragt werden, ob die antidemokratische Gesinnung innerhalb der jeweiligen Organisation eine Mehr- (harter Extremismus) oder Minderheitenposition (weicher Extremismus) darstellt.

Strategie: Weiche Extremismusformen halten sich formal an die demokratische Prinzipien. Harte Extremismen zielen dagegen (mehr oder weniger offen) auf einen „Systemwechsel“. Sie unterminieren dadurch offensichtlich die demokratische Rechtsordnung.

2.2. Parteien

Wer die Erscheinungsformen des parteiförmigen Linksextremismus analysiert, kommt nicht umhin, an erster Stelle die Partei „Die Linke“ zu berücksichtigen. Dabei soll das in der Parteienforschung übliche und eben erwähnte Schema nach Ideologie, Strategie und Organisation zugrundegelegt werden.

Zur Ideologie: Einen Tag vor dem Vereinigungsparteitag 2007 traf Lothar Bisky, damals neben Oskar Lafontaine Vorsitzender der Partei „Die Linke“, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages in einer Grundsatzrede die folgende Feststellung: „Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten nochmal zum Mitschreiben. Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“⁸ Wer die „Systemfrage“ stellt oder einen „Systemwechsel“ anstrebt, wie es im Entwurf zum neuen Programm heißt (die Verabschiedung ist für die zweite Hälfte des Jahres 2011 vorgesehen), lehnt die Grundlagen des Systems ab. Die Äußerung bedeutet in der Tat keine Rückkehr zum Realsozialismus der DDR — ebenso freilich keine Hinwendung zum demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Damit nimmt „Die Linke“ durch den Zusammenschluss eine Verschärfung der eigenen Position gegenüber früher vor. So offenkundig das Gesellschaftsmodell der „Linken“ extremistische Ansätze erkennen lässt, so prinzipiell ist jedoch die Absage an die Großideologie des Marxismus-Leninismus einschließlich Stalinismus. Die Ideologie weist viele Elemente auf, die nur schwer mit dem demokratischen Verfassungsstaat in Einklang zu bringen sind, auch wenn dieser nicht in seiner Gesamtheit abgelehnt wird.

Zur Strategie: Der Ansatz der „Linken“ ist außerparlamentarischer und innerparlamentarischer Opposition sowie der Regierungspolitik verpflichtet. In dem sogenannten „strategischen Dreieck“ der PDS hieß es 2004: „Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der

⁸ Vgl. Lothar Bisky: Wir sind gekommen, um zu bleiben, abrufbar unter: http://www.lothar-bisky.de/kat_reden_detail.php?v=147 [Stand: 31. März 2008].

Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“⁹ In den „Programmatischen Eckpunkten“ der „Linken“ finden sich ähnliche Formulierungen. Auf der einen Seite strebt die Partei Koalitionen mit der SPD und den Grünen an (danach sah es 1990 zunächst gar nicht aus), auf der anderen Seite arbeitet sie mit militanten Demokratiegegnern zusammen. Selbst die Grenzziehung gegenüber Gewaltbefürwortern fällt der Partei schwer. Das Verhältnis der „Linken“ zur gewaltbereiten autonomen Szene ist ambivalent – speziell dann, wenn es gegen „Faschisten“ geht. Die Partei laviert damit in ihrem Legalitätsverständnis.

Zur Organisation: Nach der Fusion von „Linkspartei.PDS“ und WASG zur „Linken“ (die Gründungsvorsitzenden waren Lothar Bisky und Oskar Lafontaine, seit Mai 2010 heißen die neuen Vorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst) sind extremistische Kräfte innerhalb der Partei keineswegs schwächer geworden. Orthodoxe Kommunisten, Trotzisten und radikale Linke unterschiedlicher Couleur wurden gestärkt und sind mehr denn je ein innerparteilicher Machtfaktor. Offenkundig ging mit dem Zusammenschluss keine Mäßigung einher, sondern eher eine Radikalisierung, etwa durch neue sektiererische Gruppierungen. Der mit rund 1000 Mitgliedern stärkste extremistische Zusammenschluss in der über 78.000 Mitglieder starken „Linken“ ist weiterhin die „Kommunistische Plattform“. Sie hält unbeirrt am Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung fest und tritt Reformtendenzen in der Partei rigoros entgegen. Ihre Protagonistin, Sahra Wagenknecht, die seit 2009 dem Bundestag angehört, ist nunmehr sogar stellvertretende

⁹Zitiert nach: Disput 11/2004, S. 50 f.

Bundesvorsitzende der Partei, auch wenn sie in dieser Funktion nicht mehr als Repräsentantin der „Kommunistischen Plattform“ auftritt. Sie reüssierte nicht trotz, sondern wegen ihrer fundamentalistischen Grundhaltung. Andere Zusammenschlüsse sind ebenfalls offen verfassungsfeindlich: z. B. das „Marxistische Forum“, die „Sozialistische Linke“, die „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“. Es gibt in der „Linken“ Kräfte, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen. Diese gelangen in führende Positionen, erfahren also auch von den gemäßigten Richtungen Unterstützung.

Bei den beiden anderen Parteien ist die Frage, ob es sich um einen harten oder weichen Extremismus handelt, leicht zu entscheiden – und zwar zugunsten der ersten Variante. Die DKP machte in ihrem Programm von 2006 klar, der von ihr angestrebte Sozialismus sei nicht auf dem Weg der Reformen erreichbar.¹⁰ Unter dem damaligen Vorsitzenden Heinz Stehr besaß die Partei angesichts ihrer Isolation keine strategische Option, auch wenn sie den Eindruck zu erwecken sucht, als gehe der Erfolg der „Linken“ auf sie zurück. Die nur noch 4000 Mitglieder (vor der deutschen Einheit hatte sie zehnmal mehr Mitglieder) repräsentieren diejenigen Linksextremisten, die sich weiterhin dem Sowjetkommunismus bei aller Kritik im Detail verbunden fühlen. Der 14. Parteitag im Oktober 2010 stand unter dem Motto „Widerstand entwickeln, Kapitalismus überwinden“. Dass die Vorsitzende nun Bettina Jürgensen heißt, nimmt so gut wie niemand zur Kenntnis. Die Partei ist heftig zerstritten. Der 85-jährige einstige

¹⁰ Vgl. Eckhard Jesse: Das neue Parteiprogramm der DKP, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 19, Baden-Baden 2007, S. 199-211, Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Was wurde aus der DKP. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008.

Chefideologe Robert Steigerwald warnte sogar vor einer Spaltung der Partei.

Die MLPD entstand 1982 als Nachfolgeorganisation des „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“; beruft sich auf die Ideen Mao Tsetungs, ebenso auf die Lenins und Stalins;¹¹ sie sieht also den Kommunismus in der Sowjetunion der 1960er, 1970er und 1980er Jahre als „revisionistisch“ an und versteht sich als „proletarische Partei“. In ihrer Strategie setzt sie unter dem Schlosser Stefan Engel, der seit 1982 an der Spitze der Partei steht, auf die Arbeiterschaft. Sie täuscht mit einer Kinder- („Rotfüchse“) und einer Jugendorganisation („REBELL“) eine innerparteiliche Lebendigkeit vor, die in der Wirklichkeit keine Bestätigung findet. Etwa 2000 häufig selbstlose Mitglieder streben die Weltrevolution an.

2.3. Autonome

Kommen wir kurz zum militanten Linksextremismus, der sich etwa bei Ausschreitungen am 1. Mai eines jeden Jahres in drastischer Weise zeigt. Er wird vor allem von der Szene der Autonomen getragen. Ein Teil ist eher antifaschistisch, ein anderer Teil eher antideutsch orientiert. Diese – letztgenannte – Szene ist erst mit der deutschen Einheit entstanden.

Die Autonomen auf der linken Seite haben sich Anfang der 1980er Jahre aus der „Sponti-Bewegung“, einem Zerfallsprodukt

¹¹ Vgl. Helmut Müller-Enbergs: Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 167-184. Siehe zusammenfassend Sascha Dietze, Die Ideologie der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), Münster 2010.

der Studentenbewegung, allmählich herausgebildet.¹² Ihre Aktionen richten sich häufig gegen „Faschos“ und „Bullen“. Die Szene der Autonomen, die in manchen westdeutschen Universitätsstädten stark beheimatet ist, bekämpft mit ihren militanten Aktionen das „Schweinesystem“. Sie propagiert „Gewalt gegen Sachen“, nicht „Gewalt gegen Personen“. Zu ihren klandestinen Aktionen zählen schon seit Jahren Brandanschläge auf „Luxusautos“.

Die Szene ist unzureichend erforscht.¹³ Beim „Kampf gegen den Faschismus“ ist Gewaltanwendung aus Sicht der Autonomen legitimiert – und nicht nur das. Szenezeitschriften wie „INTERIM“ und „radikal“ rufen dazu auf. Die Mehrzahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund geht auf die Autonomen und ihr Umfeld zurück. Mit „Massenmilitanz“ versucht die Szene zu beeindrucken und Aufmerksamkeit zu erregen. Die Gewalt ist stark durch instrumentelle Merkmale bestimmt – Gewalt als Mittel zum politischen Zweck. 2008 gab es 701 Gewalttaten, 2009 1115.¹⁴ Diese richten sich gegen Repräsentanten des Staates sowie gegen (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten.

¹² Vgl. zum Selbstverständnis, die jeweils unter Pseudonym erschienenen Schriften: Tomas Leeorte, *Wir tanzen bis zum Ende. Die Geschichte eines Autonomen*, Hamburg 1992; Geronimo, *Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen*, 4. Aufl., Hamburg 1995; A.G. Grauwacke, *Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren*, Berlin 2003.

¹³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Die Autonomen: Portrait einer linksextremistischen Subkultur*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 9-10/1998, S. 36-46; ders., *Das Gewaltverständnis der Autonomen. 20 Thesen zu Besonderheiten, Funktionen, Selbstverständnis und Vermittlung*, in: *Freiheit und Recht*, Heft 2/2010, S. 16 f.

¹⁴ Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 2), S.45.

3. Handlungsfelder

3.1. Überblick

Bei den Handlungsfeldern geht es vor allem um den Kampf gegen den „Kapitalismus“ oder um den Kampf gegen den „Neoliberalismus“. Das Spektrum ist breit – es reicht u.a. von der „Antirepression“ über den „Antimilitarismus“ bis zur „Anti-Globalisierung“.

Das wichtigste Aktionsfeld ist jedoch der „Antifaschismus“, da der „Kampf gegen rechts“, wie es heißt, über eine besondere Dynamik verfügt und auch in der demokratischen Öffentlichkeit Resonanz besitzt. Jeder Demokrat ist ein „Antifaschist“, aber nicht jeder „Antifaschist“ ein Demokrat. Gleiches gilt für die Vertreter des Antikommunismus. Es ist nicht angängig, mit zweierlei Maß zu messen. Der Begriff des Antifaschismus hat damit eine höchst unterschiedliche Konnotation: In dem einen Fall zielt er gegen den tatsächlichen Rechtsextremismus, in dem anderen Fall gegen die „kapitalistische Gesellschaft“.

3.2. Parteien

Antifaschismus war ein eingehendes Band für die SED/PDS, die PDS, die Linkspartei und nun ist es auch für die Linke. Zum Teil dient er sogar der indirekten Rechtfertigung der DDR und ihrem antifaschistischen Gründungsmythos. Ein Teil der Linken verbindet ihren Antifaschismus mit Attacken gegen das etablierte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – gegen „Neoliberalismus“, gegen „Marktradikalismus“. Ein Satz wie der folgende im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2002 war

und ist keine Ausnahme: „Bedingungen und Ursachen des Neofaschismus liegen in der Mitte der Gesellschaft. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Konkurrenz, Profitmaximierung und Ausgrenzung basiert, ist wesentlich für neofaschistische Tendenzen verantwortlich.“¹⁵

Allerdings gibt es bei der Partei auch differenziertere Positionen – im Osten mehr als im Westen. Sie hat 1990 eine Arbeitsgemeinschaft „Rechtsextremismus / Antifaschismus“ ins Leben gerufen, die bis heute besteht. Sie gibt regelmäßig einen umfassenden „Rundbrief“ heraus. Die Linke arbeitet eng mit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ zusammen – einer Vorfeldorganisation im antifaschistischen Milieu, die längst nicht mehr in allen Verfassungsschutzberichten auftaucht. Tim Peters hat in seinem Buch „Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht“ die Thematik systematisch erörtert und dabei die zentrale Rolle dieses Paradigmas für die Partei herausgearbeitet.¹⁶

Die Grenzziehung gegenüber Gewaltbefürwortern – etwa bei Aktionen gegen Rechtsextremisten – fällt der Partei nicht immer leicht. Wiewohl sie die Gewalt bei den Protesten gegen den G8-Gipfel im mecklenburgischen Heiligendamm vom Juni 2007 ablehnte, verwahrte sich etwa die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping vor „pauschalen Distanzierungen gegenüber dem schwarzen Block“, einer militanten, linksautonomen Formation! Das Verhältnis der „Linken“ zur autonomen

¹⁵ Zitiert nach Tim Peters, *Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht*, Wiesbaden 2006, S. 147.

¹⁶ Vgl. Tim Peters (Anm. 15).

Szene ist damit im Bereich ihrer außerparlamentarischen Betätigungen nicht prinzipiell ablehnend.

Jahrelang wollte die PDS (und heute will es die Linke), eine „antifaschistische Klausel“ in die Verfassungen der Länder und des Bundes verankern.¹⁷ Parlamentarische Initiativen zeugen davon. Der Vorschlag stärkt nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung, sondern schwächt sie. Auf diese Weise würde davon abgerückt, dass ein freiheitlicher Staat gleichermaßen alle extremistischen Positionen ablehnt. Das Grundgesetz (und auch jede Verfassung der Bundesländer) weist eine antiextremistische Orientierung auf. Nirgendwo ist davon die Rede, Parteien- oder Vereinigungsverbote seien nur einer politischen Richtung vorbehalten. Die Verfassungen sind nicht durch einen antifaschistischen Impetus gekennzeichnet, wie die Linke immer wieder zu suggerieren sucht. Die streitbare Demokratie des Grundgesetzes unterscheidet nicht, ob der Kampf gegen unser Gemeinwesen von Rechtsextremisten, Linksextremisten oder islamistischen Fundamentalisten geführt wird. Sie darf die Auseinandersetzung mit solchen Strömungen nur in demokratischer Weise führen. Die „antifaschistische Klausel“ aber soll die Handhabe dafür bieten, dass rechtsextremistische Kräfte gleichsam unter der Hand die Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit verlieren.

DKP und MLPD, für die „Faschismus“ eine Konsequenz des „Kapitalismus“ ist, rücken ebenfalls den „Kampf gegen den Faschismus“ in ihrer Agenda nach vorn, wobei der Terminus

¹⁷ Vgl. u.a. Sebastian Prinz, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010, S. 231 f.

„Faschismus“ klar den des (Rechts)Extremismus überlagert. Auf diese Weise wollen sie stärker wahrgenommen werden. Die Parteien erwecken den Eindruck, machtvoll zu sein. Tatsächlich sind sie durch Machtlosigkeit gekennzeichnet. Oft ist hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens.

3.3. Autonome

Auch für die Autonomen ist der „Kampf gegen den Faschismus“ ein zentrales Betätigungsfeld.¹⁸ In diesem Bereich ist die Mobilisierung besonders groß – so etwa bei der Verhinderung von Demonstrationen rechtsextremistischer Kräfte. Angriffe auf den politischen Gegner kommen oft vor, ebenso auf die Polizei. Diese Massendemokratie wird ergänzt durch klandestine Strukturen. Die „Autonome Antifa“ rechtfertigt gar das Inbrandsetzen von Autos von Repräsentanten des rechtsextremistischen Milieus im August 2009: „Neonazis stellen sich mit ihren menschenverachtenden Ansichten außerhalb jedes demokratischen Diskurses und haben daher für uns auch keinen Anspruch auf die Rechte einer freiheitlichen Gesellschaft. Militante Aktionen stellen somit ein legitimes und effektives Mittel dar, um die Arbeit von Neonazis zu behindern.“¹⁹ Die Kritik und die Aktionen richten sich nicht nur gegen Rechtsextremisten, sondern auch gegen Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaates.

Die Aktionen der linksextremistischen Antifa sind in der Regel nicht spontan. Die Antifa-Recherche macht „Steckbriefe“ öffentlich, sogenannte „Szeneläden“ sind Ziel von Straftaten.

¹⁸ Vgl. Tim Peters (Anm. 15), S. 151-153.

¹⁹ Zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 3), S. 162

Die „antifaschistische Selbsthilfe“ propagiert das Motto „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“ Die Fixierung auf den Antifaschismus geschieht, weil nicht – wie erwähnt – jede Art des Antifaschismus antidemokratisch ist. Die linksextremistische autonome Szene greift gerne auf diesen verführerischen Begriff zurück, da es auf diese Weise gelingt, auch innerhalb der Mehrheitskultur partielle Salonfähigkeit zu erreichen. So wird der Antifaschismus instrumentalisiert. Und es besteht die Gefahr einer Antifaschismusfalle.

4. Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung

Was die Möglichkeiten und Grenzen der Bekämpfung des Linksextremismus betrifft, so muss das Urteil unterschiedlich ausfallen, je nachdem, um welche Variante des Linksextremismus es sich handelt. Gemäß der Vorgehensweise in diesem Beitrag soll zwischen gewalttätigen und nicht-gewalttätigen Gruppierungen unterschieden werden.

Eine Gruppierung, die Gewalt anwendet oder bejaht, ist entschlossen mit polizeilichen und rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Exekutive muss den jeweiligen Fall an die Judikative nach Ermittlung des Sachverhalts weiterleiten. Freilich bin ich mir bewusst, dass der Teufel im Detail steckt, z.B. dann, wenn der „Schwarze Block“ von Demonstranten umgeben ist, die friedlich demonstrieren. Gewalt muss geächtet werden – ohne Wenn und Aber. Und die Sympathisanten der Gewalt sind beim Namen zu nennen. Oft ist der Linksextremismus so verfestigt, dass Aussteigerprogramme wenig verfangen. Wer die Initiativen gegen den Rechtsextremismus 1:1 zu übernehmen gedenkt, dürfte Schiffbruch erleiden.

Auch Linksextremismus, der keine Gewalt anwendet, muss den Geboten der streitbaren Demokratie gemäß bekämpft werden. Hier gibt es unter demokratischen Kräften keinen klaren Konsens mehr – sei es wegen der prinzipiellen Einschätzung, sei es wegen der Koalitionsfrage.

Die Partei „Die Linke“ will, und das ist ihr gutes Recht, das Bundesverfassungsgericht anrufen, um eine Korrektur des Urteils durch das Bundesverwaltungsgericht aus dem Jahre 2010 zu erreichen. Hier wurde die Beobachtung der Partei mit öffentlich zugänglichen Mitteln als rechtens angesehen. Wichtiger als eine derartige Beobachtung ist eine entschiedene politische Auseinandersetzung mit dieser Kraft – in der Politik, der Öffentlichkeit und der Wissenschaft. Daran fehlt es mitunter.

Wir werden uns mit einem Bodensatz jeglicher Form des Extremismus abfinden müssen. Es gibt ein Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit. Dadurch zeichnet sich die demokratische Ordnung aus. Sie darf einerseits den Gegensatz zwischen demokratisch und extremistisch nicht verwischen und andererseits keinen jakobinischen Fundamentalismus an den Tag legen.

5. Abschließende Thesen

Erstens: Wer sich mit dem Thema Linksextremismus befasst, hat es nicht leicht. Er sieht sich u.a. dem Verdacht ausgesetzt, er würde den Rechtsextremismus herunterspielen wollen. Davon kann jedoch keine Rede sein. Wer auf die eine Seite des Extremismus verweist, ignoriert deswegen nicht seine anderen Formen – im Gegenteil.

Zweitens: Es besteht weithin ein parteiübergreifender Konsens, was jede Form des gewalttätigen Linksextremismus angeht. Hingegen bröckelt dieser Konsens, wenn es den Linksextremismus betrifft, der keine Gewalt propagiert. Das gilt zumal bei antifaschistischen Initiativen, die tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten bekämpfen, obwohl sie selber keine Gralshüter der Demokratie sind.

Drittens: Eine streitbare Demokratie zielt darauf, den nicht-gewalttätigen Extremismus im Vorfeld zu bekämpfen. Das ist eine Gratwanderung. Einerseits zeichnet sich eine offene Gesellschaft durch ein hohes Maß an Liberalität aus, andererseits muss sie selbstbewusst sein, Gegner des demokratischen Verfassungsstaates beim Namen zu nennen. Was die Einschätzung der Partei „Die Linke“ betrifft, herrscht große Uneinigkeit bei den tragenden gesellschaftlichen Kräften.

Viertens: Antifaschismus hat eine weitaus stärkere Mobilisierungs- und Zugkraft als Antikommunismus. Manche demokratischen Politiker sehen den Antifaschismus als eine Art „Spielweise“ für Weltverbesserer an. Es gibt einen demokratischen Antifaschismus, aber es gibt eben auch einen antidemokratischen Antifaschismus. Dieser Sachverhalt kommt zu wenig zur Sprache. „Antifaschismus“ gilt als beherzigenswerte Lehre aus der Geschichte, „Antikommunismus“ weithin als überholt, als Zeichen des Kalten Krieges.

Fünftens: Wer glaubwürdig die parlamentarische Demokratie verteidigen will, darf nicht mit zweierlei Maß messen und muss wissen: Sie wird nicht nur durch Rechtsextremisten bedroht, sondern auch durch Linksextremisten. Das Bekenntnis zu

einem wertgebundenen Antiextremismus – nicht einseitig zum Antifaschismus – sollte die Devise des demokratischen Verfassungsstaates sein.

Über den Autor

Eckhard Jesse (* 26. Juli 1948 in Wurzen) ist Inhaber des Lehrstuhls für „politische Systeme, politische Institutionen“ an der Technischen Universität Chemnitz.

Jesse studierte von 1971 bis 1976 Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft (Diplom-Politologe) und war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1978 bis 1983 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Trier. 1982 wurde er zum Thema Die Gestaltung des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um Wahlsystem- und Wahlrechtsänderungen promoviert. 1989 folgte die Habilitation zum Thema Streitbare Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Das Beispiel des Extremistenbeschlusses von 1972. Seit 1993 ist er Professor an der TU Chemnitz und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft (seit 2010). Jesse ist Gründungsmitglied des Veldensteiner Kreises für Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie. Er war von 2007 bis 2009 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Sein jüngstes Werk: Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 - 1933 - 1945/49 - 1989/90, Köln u.a. 2010.

* * *



Auch in Erfurt, Weimar und Jena gab es Brandstiftungen von Linksextremisten.

Diskussion

Im Anschluss an die Vorträge schloß sich eine rege Diskussion des Podiums mit den Tagungsteilnehmern an.

Daran nahmen der neue Leiter der Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt, Anton Wahlig (Abbildung unten, links), die Referenten Folker Schweizer (2. v.l.), Prof. Eckhard Jesse (3. v.l.), Michael Geiken (r.) sowie Prof. Uwe Backes (2. v.r.) teil. Die Gesprächsrunde wurde von Kai Mudra (3. v.r.), Journalist der „Thüringer Allgemeine“ und Experte für Innenpolitik,





Herausgeber

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz
Haarbergstraße 61
99097 Erfurt

Tel.: 0361/4406-0

Fax: 0361/4406-251

Internet: www.thueringen.de/de/verfassungsschutz

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Herstellung:

Druckerei im Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung in Gotha

Stand: März 2011